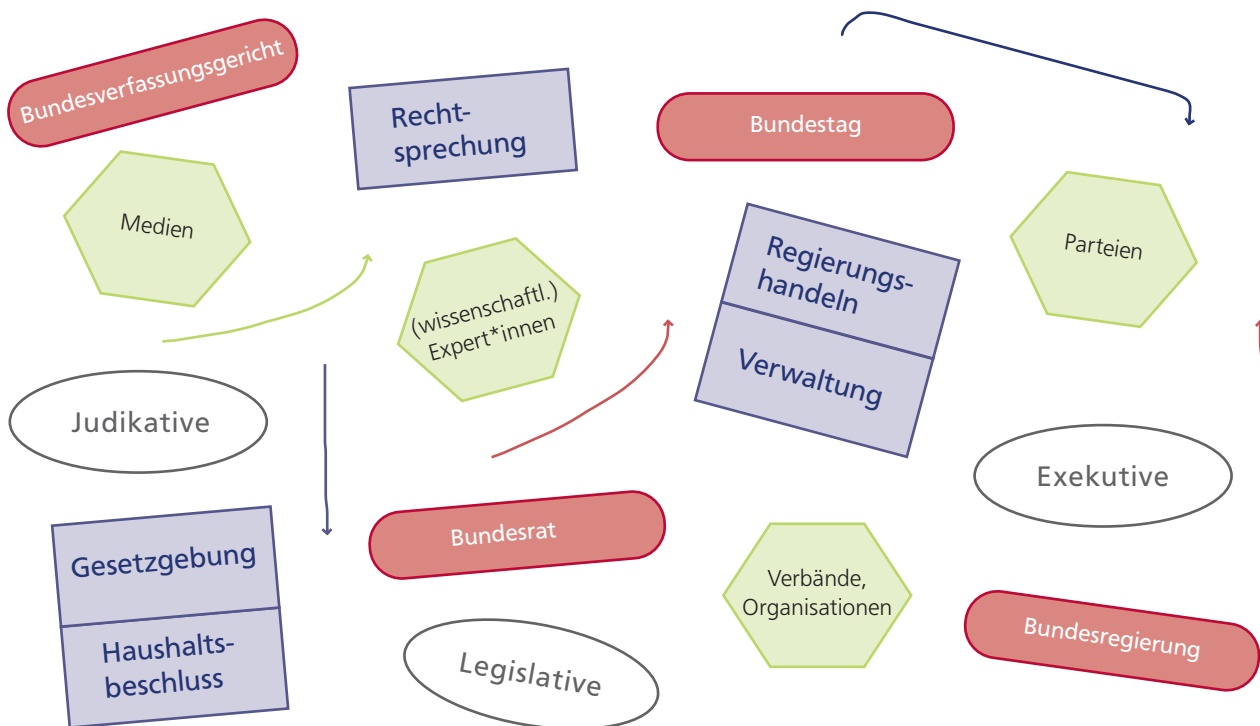


Der politische Prozess

Wie werden in der Bundesrepublik Deutschland politische Entscheidungen getroffen? Welche Akteur*innen sind beteiligt? Der politische Willensbildungs- und Entscheidungsprozess sind in der Demokratie immer mit Auseinandersetzung verbunden und stellen eine permanente Aufgabe dar. In diesem Heft lernen Sie, politische Prozesse, Konflikte und Entscheidungen zu analysieren. Mit dem politikwissenschaftlichen Modell des Politikzyklus untersuchen Sie zwei Fallbeispiele politischer Prozesse: die Auseinandersetzung um politisches Asyl und die um das Klimaschutzgesetz. Dabei beschäftigen Sie sich mit der Rolle verschiedener politischer Akteur*innen, die Einfluss auf den politischen Prozess haben und Teil des Pluralismus einer freiheitlichen Demokratie sind. Dazu gehören politische Parteien, Interessengruppen und Verbände, zivilgesellschaftliche Organisationen, wissenschaftliche Expert*innen, sowie Medien.



AUFGABEN

- Erstellen Sie in Partner*innenarbeit ein Schaubild, welches das Zusammenspiel der Verfassungsorgane und der politischen Akteur*innen im politischen Prozess abbildet. Sie können das Schaubild in Ihr Heft zeichnen, oder unter diesem Link digital erstellen: www.t1p.de/2424-s3-vorlage. ► Lösung
Gehen Sie wie folgt vor:
 - Ordnen Sie die oben stehenden Elemente neu an.
 - Überlegen Sie, wie sich die Verfassungsorgane und Akteur*innen aufeinander beziehen.
 - Zeichnen Sie Pfeile zwischen den Kästen ein, um Bezüge darzustellen und beschriften Sie diese z. B. mit den folgenden Begriffen: wählt/kontrolliert/bindet/verantwortlich für/werden angehört/beraten/stellen politisches Personal/initiiert/wirkt mit/prüft/informieren/stellen Forderungen.
- Überlegen Sie zu zweit anhand des Schaubildes, an welchen Stellen Bürger*innen die Möglichkeit haben, am politischen Entscheidungsprozess zu partizipieren. Wie können sie Einfluss nehmen? Wo können sie sich selbst als politische Akteur*innen beteiligen? Diskutieren Sie Ihre Überlegungen im Plenum.



LÖSUNG

Hier geht es zu einem Schaubild der Verfassungsorgane und Akteur*innen.

www.t1p.de/2424-s3-loesung

Der politische Entscheidungsprozess als Kern des Politischen

Auf dieser Doppelseite lernen Sie einen politikwissenschaftlichen Zugang zum politischen Prozess kennen. Das Modell des Politikzyklus beschreibt Politik als endlose Kette von Versuchen zur Bewältigung von Gegenwarts- und Zukunftsproblemen. Es hilft, politische Entscheidungsprozesse zu analysieren und stellt die Dynamik des Politischen in den Vordergrund.

Der Politikzyklus in der Politikwissenschaft

- 1 Der Politikzyklus entstammt der politikwissenschaftlichen Policy-Analyse¹. Die Policy-Analyse versteht Politik als ständigen Prozess der Verarbeitung und Lösung öffentlicher Probleme. Um diesen Prozess analytisch erfassen
- 5 zu können, hat sie das Modell des Politikzyklus entwickelt (Windhoff-Héritier 1987, 64 ff.). Politik wird damit beschrieben und analysiert als ein Prozess der Problemverarbeitung und der Politikzyklus selbst ist ein Phasenmodell, in dem Politik als dynamischer Prozess angesehen
- 10 wird. Dieser Prozess lässt sich unter anderem wie folgt beschreiben: „Ein Problem tritt als solches ins öffentliche Bewusstsein, wird aufgrund von Forderungen bestimmter Gruppen und dominanter gesellschaftlicher Wertvorstellungen als handlungsrelevantes Problem definiert
- 15 und auf die politische Entscheidungsagenda gesetzt. Begleitet von Auseinandersetzungen und Aushandlungsprozessen zwischen verschiedenen politischen Gruppen wird das Problem in die Form einer politisch administrativ verbindlichen Entscheidung gebracht (...)“
- 20 (Windhoff-Héritier 1987, 65).

Peter Massing: Politische Bildung in der Bundesrepublik Deutschland. Frankfurt/M. 2021, S. 41.

¹ Die Policy-Analyse ist ein Teilgebiet der Politikwissenschaft, die konkrete Politikfelder (wie z. B. Innenpolitik, Familienpolitik, Europapolitik...) und politische Entscheidungsprozesse untersucht.

Ein dynamischer Politikbegriff

- 1 Das Modell des Politikzyklus bietet mehrere Vorzüge. Zunächst verdeutlicht es den Prozesscharakter von Politik. (...) Diese dynamische Sicht auf den Prozess wirkt einer bloß institutionellen oder nur auf die Aufgaben der
- 5 Politik bezogenen Betrachtungsweise entgegen. Es gibt noch weitere Gründe, die für diesen Politikbegriff als Arbeitsbegriff sprechen: Zeigt er doch, dass demokratische Politik in modernen Gesellschaften stets vor der Notwendigkeit steht, Positionen und Entscheidungen zu
- 10 korrigieren oder zu revidieren und/oder nach neuen Lösungen zu suchen (Massing 1994). Der Politikzyklus zeigt Politik im Sinne Max Webers als ein „starkes, langsame Bohren von harten Brettern mit Leidenschaft und Augenmaß zugleich“ (Weber 1912/1992: 8).

Siegfried Frech, Peter Massing: Politik als Kern des Politikunterrichts und die Bedeutung von Politikbegriffen. In: Sabine Achour, Siegfried Frech, Peter Massing, Veit Strassner (Hg.): „Methodentraining für den Politikunterricht“. Frankfurt/M. 2020, S. 19.

Was ist ein politisches Problem?

Probleme haben keine objektive Existenz, die nur der Feststellung bedürften, sondern sie entstehen erst in einem Prozess der kollektiven Definition. Sie existieren im Bewusstsein von Menschen, welche sie definieren, indem sie Sachverhalte als Problem empfinden und sie als solche artikulieren. Neben diesem subjektiven Moment (...) stehen hinter Problemen auch objektive Faktoren, z. B. Spannungsverhältnisse zwischen verschiedenen Grundwerten, zwischen Werten und Interessen, zwischen unterschiedlichen Interessen oder noch allgemeiner zwischen einem „Soll-Ist-Zustand“ (...). Ein Problem wird zu einem „politischen Problem“, wenn es einen Ansatz dafür bietet, dass Institutionen wie Parlament, Regierung und Verwaltung oder wesentliche Akteure wie Parteien, Verbände und Massenmedien zum Handeln veranlasst werden. Demnach unterscheiden sich soziale von politischen Problemen durch ihre „politische und administrative Handlungsrelevanz“.

Peter Massing: Wege zum Politischen. In: Peter Massing, Georg Weißeno (Hg.): „Politik als Kern der politischen Bildung. Wege zur Überwindung unpolitischen Politikunterrichts“. Opladen 1995, S. 81 f.

Zwei Merkmale eines politischen Problems: Dringlichkeit und Ungewissheit

Dringlichkeit bedeutet, dass eine gesellschaftliche Situation (...) Gefährdungen mit sich bringt, besonders solche für die Existenz oder das Wohlergehen von Gruppen oder das Ganze der Gesellschaft. Die politische Lösung, die letztlich realisiert wird, bleibt jedoch ungewiss, da immer unterschiedliche Lösungsalternativen existieren, wobei zunächst einmal offen ist, welche sich durchsetzt und welche Wirkungen sie erzielen und welche Folgen sie hervorrufen wird.

Walter Gagel: Einführung in die Didaktik des politischen Unterrichts. Opladen 1983, S. 62.



Die Grenzen des Politikzyklus

- 1 Die kreisförmige Betrachtung ist ein idealtypisches Konstrukt. Es ist ein Kennzeichen politischer Prozesse in modernen Gesellschaften, dass sie auf unterschiedlichen Ebenen des politischen Systems und in unterschiedlichen Arenen zeitgleich diskutiert, durchgesetzt und implementiert werden – und diese verschiedenen Prozesse sich gegenseitig beeinflussen. Daher reicht der Politikzyklus, als schlichtes Phasenmodell benutzt, zur Analyse von (komplexen) Strukturen im Entscheidungsprozess politischer Fragestellungen bei weitem nicht aus. (...) Ein politisches Problem bzw. ein politischer Konflikt werden selten in nur einem Zyklus gelöst. Fast immer sind ein längerer Zeitraum

und eine Vielzahl von Politikzyklen notwendig (Breit 2011: 172 ff.). Darüber hinaus gilt es im Bewusstsein zu halten, dass nicht alle politischen Entscheidungsprozesse der Bewältigung von gesellschaftlichen Problemen dienen, sondern etwa dem „Auskungeln“ der Besetzung von Positionen und Ämtern, (...) oder der Absicherung und Verbesserung materieller Positionen einzelner Politiker*innen bzw. der „politischen Klasse“. Dies wiederum zeigt, dass auch der Politikzyklus ein Arbeitsbegriff ist: Er umfasst nicht alle Aspekte der politischen Realität.

Siegfried Frech, Peter Massing: Politik als Kern des Politikunterrichts und die Bedeutung von Politikbegriffen. In: Sabine Achour, Siegfried Frech, Peter Massing, Veit Strassner (Hg.): „Methodentraining für den Politikunterricht“. Frankfurt/M. 2020, S. 19.

AUFGABEN

1. Sammeln Sie in Ihrem Kurs Definitionen von Politik, die Ihnen spontan einfallen und halten Sie diese stichpunktartig fest.
2. Arbeiten Sie heraus, welches Verständnis von Politik den Texten auf S. 4 zugrunde liegt und vergleichen Sie dieses mit den gesammelten Ideen aus Ihrem Kurs. Passen die Politik-Begriffe der Texte mit Ihren Ideen zusammen? Welche Aspekte von Politik tauchen in den Texten zusätzlich auf, welche Aspekte kommen zu kurz?
3. Suchen Sie sich in Arbeitsgruppen unterschiedliche Phasen des Politikzyklus auf S. 5 heraus und formulieren Sie zusätzliche Analysefragen. ► Methode
4. Diskutieren Sie in Ihrem Kurs „Die Grenzen des Politikzyklus“, versuchen Sie weitere Kritikpunkte zu finden und diskutieren Sie diese im Plenum.

Der Politikzyklus als Analyseinstrument

Der Politikzyklus hilft uns, Politik als Prozess zu analysieren. Dazu wird der politische Willensbildungs- und Entscheidungsprozess in fünf Phasen aufgeteilt. Den Phasen lassen sich jeweils bestimmte Analysefragen zuordnen:

Phase I: Problem

Worin besteht das politische Problem?
Welche Aufgaben hat die Politik zu lösen?

Phase II: Auseinandersetzung

Wer ist beteiligt? Wer sind die Akteur*innen und welche Interessen verfolgen sie? Wie verläuft die Auseinandersetzung und welche Konzepte und Ziele lassen sich erkennen?

Phase III: Entscheidung

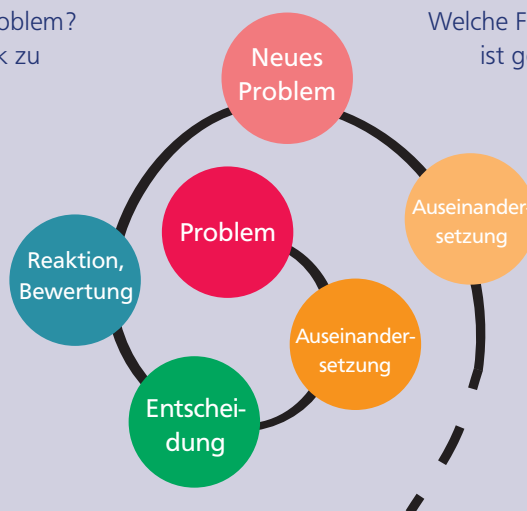
Zu welchen Ergebnissen hat die Auseinandersetzung geführt? Welche Positionen haben sich durchgesetzt? Welche Interessen und Ziele sind mehr oder weniger berücksichtigt?

Phase IV: Reaktionen und Bewertung

Welche Fragen sind offen geblieben? Was ist gelöst worden? Welche individuellen und kollektiven Reaktionen lassen sich erkennen?

Phase V: Neues Problem

Welche neuen Probleme entstehen aus der Entscheidung und aus den Reaktionen darauf?



Nach Gotthard Breit, Siegfried Frech: Politik durchschauen. Leitfaden für den erfolgreichen Durchblick. 3. vollst. überarb. Aufl. Frankfurt/M. 2023, S. 33 ff.

Asylpolitik im Konflikt

Anhand der aktuellen Auseinandersetzung um die Asylpolitik lässt sich der Analysevorgang politischer Prozesse in seinen exemplarischen Elementen verdeutlichen. Der Beschluss des „Rückführungsverbesserungsgesetzes“ im Januar 2024 bildet den derzeitigen Schlusspunkt eines Prozesses, der zahlreiche Änderungen des Asylrechts mit sich gebracht hat. Das Gesetz soll dafür sorgen, dass Menschen ohne Bleiberecht Deutschland schneller verlassen müssen. Im Folgenden untersuchen Sie, wie es zu dieser Entscheidung gekommen ist.

Hinweis: In diesem Kapitel werden Abschiebung sowie gesellschaftliche und politische Ablehnung gegenüber geflüchteten Menschen thematisiert. Gehen Sie achtsam mit sich und mit anderen um. Entscheiden Sie selbst, inwieweit Sie sich mit den Inhalten konfrontieren.

Das politische Problem: Der Umgang mit Flucht und Asyl als gesellschaftliche Herausforderung

Um den politischen Prozess rund um die Asylpolitik zu analysieren, befassen Sie sich zunächst mit dem politischen Problem, das den Ausgangspunkt der Auseinandersetzung darstellt. Welche Aufgabe hat die Politik zu lösen? Worin besteht das Problem, das es zu bewältigen gilt?

Süddeutsche Zeitung 6. Februar 2024, 17:07 Uhr
Blanke Wut auf geplante Flüchtlingsunterkunft
 Das Miesbacher Landratsamt plant in einer Gemeinde eine große Unterkunft für 500 Geflüchtete. Bei einer Bürgerversammlung im Dorf schlagen dem Landrat heftige Proteste entgegen. Er muss von der Polizei aus dem Saal eskortiert werden.

Demokratie in Gefahr

Stand: 28.12.2023 16:00 Uhr

Mit Blick auf das Wahljahr 2024 wächst unter Demokraten die Sorge. Umfragen sehen die AfD in einigen Ländern als stärkste Kraft. Ex-Verfassungsrichter Voßkuhle hält die westliche Demokratie für gefährdet. Auch SPD und CDU warnen.

Frankfurter Allgemeine 15.05.2024, 13:36
Eine Ukrainerin kämpft um einen Arbeitsplatz
 Die Ukrainerin Svitlana Bielinska will Bus fahren, aber findet keine Arbeitsstelle in Deutschland. In anderen Ländern ist das einfacher. Woran liegt das?


 tagesschau

Migrationsforscher Knaus
„Das Recht auf Asyl wird täglich vor unseren Augen gebrochen“

Die Zahl der Flüchtlinge im Mittelmeer steigt seit 2022 wieder stark an. Dabei würden Hilfesuchende an den Grenzen weiterhin gewaltsam zurückgewiesen, sagte der Migrationsforscher Gerald Knaus im Dlf. Europa habe sich mit dieser Praxis eingerichtet.

ZEIT ONLINE
Kommunen halten Flüchtlingssituation kaum noch für beherrschbar

Bei der Unterbringung von Flüchtlingen geraten Städte und Gemeinden nach eigenen Angaben an ihre Leistungsgrenzen. Verbände fordern die Bundesregierung zum Handeln auf.

Aktualisiert am 24. Januar 2023, 9:49 Uhr  Quelle: ZEIT ONLINE, AFP, dpa, [kna](#)

AUFGABEN

1. Beschreiben Sie die unterschiedlichen Perspektiven, die in den Schlagzeilen zum Ausdruck kommen und den Konflikt, der daraus entsteht. ► Lösung
2. Formulieren Sie unter Berücksichtigung von S. 4/5 das politische Problem und welche Aufgaben sich daraus für die Politik ergeben.



LÖSUNG

Hier finden Sie eine mögliche Beschreibung des politischen Problems.

<https://t1p.de/2424-s6-problem>



Die Auseinandersetzung: Welche Maßnahmen sind erforderlich?

In der öffentlichen Debatte werden verschiedene Positionen zum politischen Umgang mit Flucht und Asyl diskutiert. Immer häufiger geht es dabei um Vorschläge, die in erster Linie auf die Beschränkung von Zuwanderung zielen. Zu den zentralen Akteur*innen im Konflikt um die Asylpolitik zählen als erstes die politischen Parteien, hinzu kommen Verbände, zivilgesellschaftliche Gruppen und wissenschaftliche Expert*innen. Welche Interessen und Ziele verfolgen die Akteur*innen? Welche Lösungsvorschläge werden diskutiert? Wie verläuft die Auseinandersetzung? Auf den folgenden Seiten analysieren Sie die aktuelle asylpolitische Debatte, indem Sie diesen Fragen nachgehen.

Worum es in der aktuellen Asyldebatte geht

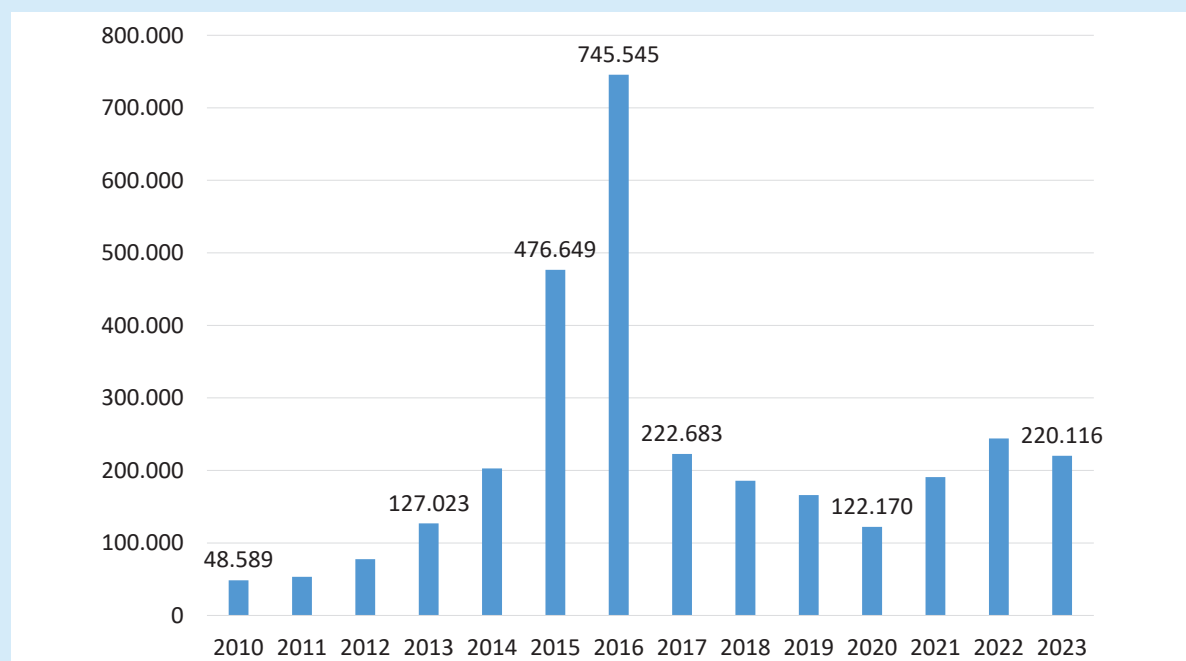
- 1 In der Migrationsdebatte werden viele Vorschläge gemacht, um die irreguläre Einwanderung zu begrenzen. Die Bundesregierung hat einen härteren Kurs eingeschlagen, doch der Union reicht das noch nicht. Bund
5 und Länder suchen gemeinsam nach Lösungen. (...) Migration und Asyl sind in Deutschland wie auch in anderen europäischen Ländern Dauerbrenner in der politischen Debatte. Denn bisher ist es nicht gelungen, die Migration nach Europa zu steuern. In Deutschland geht
10 es aktuell erneut um die Frage, ob und wie die Zuwanderung restriktiver¹ gestaltet werden kann – ähnlich wie nach den Fluchtbewegungen ab 2015. (...) Die Debatte ist komplex und es gibt verschiedene Vorschläge, wie die illegale Migration begrenzt werden kann. (...) Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge registrierte
15 2023 bis einschließlich September 233.744 Erstanträge auf Asyl – das ist eine Zunahme um rund 73 Prozent im

Vergleich zum Vorjahreszeitraum. Hinzu kommen rund 1,1 Millionen ukrainische Kriegsflüchtlinge, die in Deutschland leben und keinen Asylantrag stellen müssen. Laut Städte- und Gemeindebund stoßen inzwischen viele Kommunen bei der Aufnahme von Geflüchteten an ihre Grenzen.

Andererseits ist Zuwanderung für die Bundesrepublik Deutschland substantiell. Das betonen regelmäßig vor allem Vertreter von Wirtschaftsverbänden und Forschungsinstituten, und es gibt eine ungemein große Anzahl an Beispielen für gelungene Integration. Dennoch sind derzeit die Stimmen am lautesten, die eine
30 starke Kontrolle und Reduzierung der Einwanderung fordern.

Vor diesem Hintergrund hat sich Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) zuletzt ungewöhnlich deutlich positioniert: „Wir müssen endlich im großen Stil abschieben“, sagte
35 er dem Nachrichtenmagazin „Spiegel“. Das Bundeskabi-

Anzahl der Asylanträge in Deutschland von 2010 bis 2023



Quelle: Statista nach Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2023

nett hat ein Gesetzespaket von Innenministerin Nancy Faeser (SPD) verabschiedet, das mehr und schnellere Rückführungen ermöglichen soll.

Der Union reicht das noch nicht, sie hat einen Forderungskatalog mit 26 Punkten vorgelegt. Das Thema wird inzwischen auch in Bund-Länder-Gesprächen son-

Abschaffung des individuellen Rechts auf Asyl

Das individuelle Recht auf Asyl hat in Deutschland auch aus historischen Gründen einen hohen Stellenwert. Für die faktische Abschaffung dieses Rechts tritt vor allem die AfD schon länger ein. In ihrem Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2021 forderte die Partei, das „Asylparadies Deutschland“ zu „schließen“. Sie will die Zuwanderung drastisch begrenzen und einmal gewährtes Asyl in bestimmten Zeiträumen immer wieder überprüfen.

Auch in der Union gibt es inzwischen Stimmen, die die Abschaffung des individuellen Rechts auf Asyl fordern. (...) Grüne, SPD und Linke lehnen solche Gedankenspiele grundsätzlich ab. Auch in der Bevölkerung sind solche Positionen nicht mehrheitsfähig. Nach einer Umfrage im Auftrag des Magazins „Stern“ wollen fast zwei Drittel (64 Prozent) der Deutschen, dass politisch Verfolgte weiterhin individuell Schutz in der EU beantragen können. Ein Drittel (32 Prozent) unterstützt hingegen den Vorschlag, das Individualrecht durch EU-Kontingente zu ersetzen. (...)

Obergrenze für die Aufnahme von Asylbewerbern

„Deutschland braucht eine Pause von dieser völlig ungesteuerten Asyl-Migration“, meint CDU-Präsidiumsmitglied Jens Spahn. Er favorisiert eine Kontingentlösung, wonach die Europäische Union 300.000 bis 500.000 Flüchtlinge im Jahr aufnehmen soll. Unbeantwortet bleibt dabei aber die Frage, was passiert, wenn mehr Menschen um Schutz bitten als das Kontingent vorsieht. Die Forderung nach EU-Kontingenten für Flüchtlinge kommt dem Ruf nach einer Obergrenze gleich. Diese Idee kursiert nicht nur für den gesamteuropäischen

Raum, sondern auch für Deutschland. So will CSU-Chef Markus Söder bis zu 200.000 Asylbewerber pro Jahr in der Bundesrepublik aufnehmen. „Es braucht eine Integrationsgrenze als Richtwert für unser Land“, sagt der bayerische Ministerpräsident.

Der Vorschlag ist allerdings nicht praktikabel, solange es das individuelle Recht auf Asyl gibt. Aufgrund der geltenden humanitären Verpflichtungen könne man Menschen nicht abweisen, wenn eine bestimmte Zahl erreicht worden sei, sagte die Migrationsforscherin Birgit Glorius im Norddeutschen Rundfunk.

Abschiebungen, sichere Herkunftsstaaten, Grenzkontrollen, Sachleistungen statt Geld

In der Debatte über die Migration nach Deutschland gibt es noch viele weitere Forderungen, um die Anzahl der Asylbewerberinnen und Asylbewerber hierzulande zu begrenzen. Eine davon ist, abgelehnte Asylbewerber konsequenter abzuschicken. Das hat sich die Bundesregierung nun vorgenommen.

Der Haken: Vier von fünf der als ausreisepflichtig erfassten Flüchtlinge verfügen über eine Duldung, sie können – zumeist aus humanitären oder rechtlichen Gründen – gar nicht abgeschoben werden. Herkunftsstaaten nehmen die Geflüchteten zum Teil auch nicht zurück. Und schon an fehlenden Reisedokumenten können Abschiebungen scheitern.

In diesem Zusammenhang ist auch eine Ausweitung der Liste sicherer Herkunftsländer im Gespräch. Bei sicheren Herkunftsstaaten gehen die deutschen Behörden davon aus, dass den Asylsuchenden keine staatliche Verfolgung droht und die Gesetze in ihrem Herkunftsland sie auch vor nichtstaatlicher Verfolgung schützen. In der Konsequenz können Asylbewerber aus solchen Ländern schneller und leichter abgeschoben werden, ihre Anträge gelten als „offensichtlich unbegründet“.

Worum es in der aktuellen Asyldebatte geht. In: Deutschlandfunk vom 6.11.2023 (<https://www.deutschlandfunk.de/asyl-debatte-fluechtlinge-100.html#Ausgangslage> – Zugriff vom 12.4.2024).

1 restriktiv: einschränkend, beschränkend

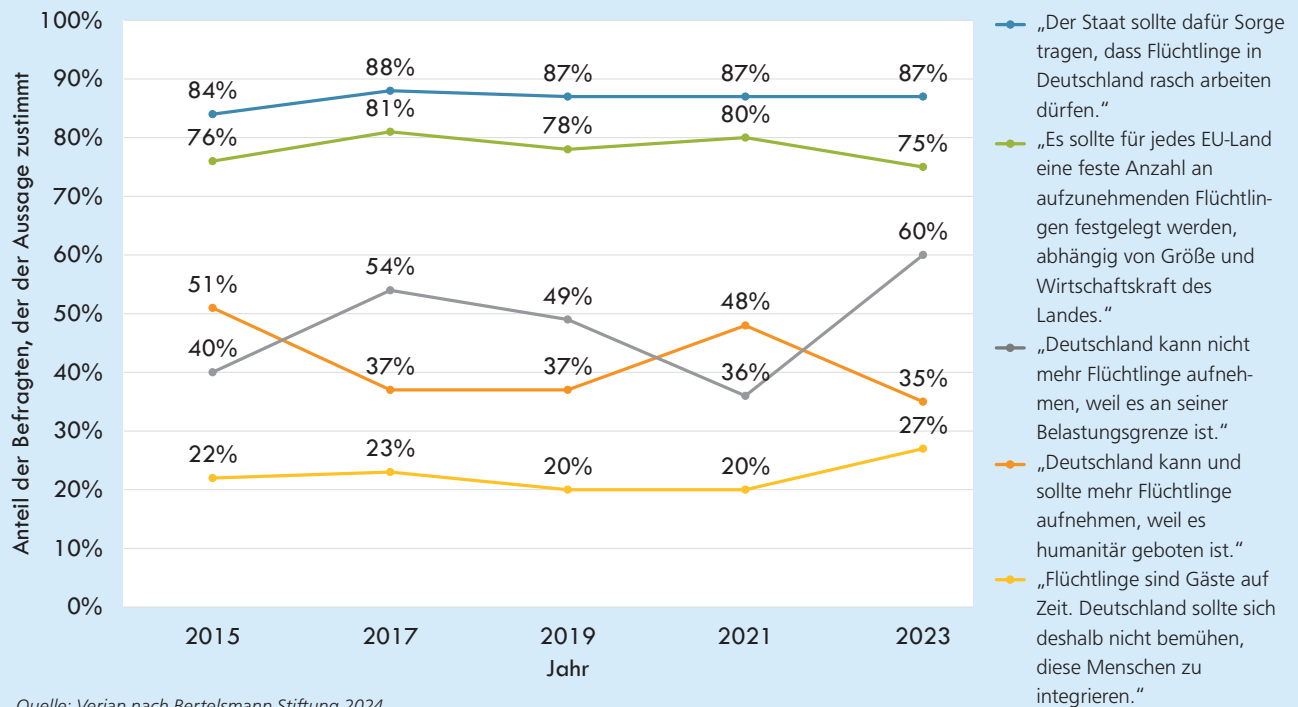
AUFGABEN

1. Erläutern Sie, was es bedeutet, Zuwanderung „restriktiver“ zu gestalten (Z. 10/11).
2. Analysieren Sie die Debatte um die Asylpolitik und arbeiten Sie die unterschiedlichen Positionen und Konzepte heraus, die den Konflikt prägen.
3. Erörtern Sie die unterschiedlichen Problemsichten der Akteur*innen und diskutieren Sie im Plenum Ihres Kurses, welche Interessen und Ziele sich darin erkennen lassen.

Einstellungen in der Bevölkerung

Bertelsmann-Studie „Willkommenskultur in Krisenzeiten“, 2024

Bevorzugte Wege im Umgang mit Flüchtlingen: Trend 2015–2023



Bertelsmann-Studie 2024 zu Einstellungen der Bevölkerung zu Migration und Integration

Diese Studie zur Willkommenskultur beschreibt aktuelle Wahrnehmungen, Einschätzungen und Einstellungen der Bevölkerung zu Migration und Integration in Deutschland. Die Ergebnisse der repräsentativen Befragung zeigen im Zeitvergleich: Die Skepsis gegenüber Zuwanderung nimmt in Zeiten eines starken Anstiegs von Fluchtmigration zu. 2023 wird eine ähnliche Entwicklung deutlich wie nach der starken Fluchtmigration der Jahre 2015/2016. Die Menschen sorgen sich wieder verstärkt um mögliche negative Folgen wie Mehrkosten für den Sozialstaat, Wohnungsnot in Ballungsräumen und Probleme in den Schulen. Zugleich hat jedoch weiterhin eine Mehrheit der Befragten den Eindruck, dass sowohl Arbeitsmigrant:innen als auch Flüchtlinge, die nach Deutschland kommen, von den Kommunen und der Bevölkerung willkommen geheißen werden.

Willkommenskultur in Krisenzeiten. In: Bertelsmann Stiftung vom 5.3.2024 (<https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/willkommenskultur-in-krisenzeiten> – Zugriff vom 15.4.2024).

AUFGABEN

1. Beschreiben Sie die Grafik und fassen Sie ihre zentralen Aussagen zusammen. ► Tipp
2. Erörtern Sie den Zusammenhang der Bertelsmann-Studie zu den politischen Positionen in der Asyldebatte. Beurteilen Sie in einem ersten Zwischenfazit, welche Auswirkungen die Ergebnisse der Studie für die Problemdefinition haben.
3. Recherchieren Sie die Quelle der Studie und diskutieren Sie an ihrem Beispiel die Rolle von Stiftungen und Medien in der politischen Auseinandersetzung.



TIPP

Wie analysiere ich ein Diagramm?

<https://t1p.de/2424-s9-diagrammanalyse>

Konzepte und Ziele von politischen Parteien: Reden im Deutschen Bundestag zum „Rückführungsverbesserungsgesetz“, 30.11.2023

Hinweis: Die Reden thematisieren Flucht und Abschiebung. In einigen der Reden werden Sie mit feindlichen Haltungen gegenüber Menschen konfrontiert, die als fremd definiert werden. Insbesondere die Rede des AfD-Abgeordneten Bernd Baumann kann in dieser Hinsicht belastend wirken. Achten Sie auf sich und entscheiden Sie selbst, inwieweit Sie sich mit dem Material auseinandersetzen.

SPD Nancy Faeser (SPD), Bundesministerin des Innern und für Heimat

- 1 Deutschland hat eine erstaunliche Entwicklung gemacht: von der Nation, die zwei Weltkriege und millionenfaches Leid verantwortete, hin zu einem Land, in dem Menschen Schutz suchen vor Krieg und Terror (...).
- 5 Ein solidarisches Land! Damit wir dieses Land sein können, braucht es aber auch klare Regeln und Gesetze; Regeln, die angewendet werden; Gesetze, die befolgt und kontrolliert werden. Dazu gehört auch, dass diejenigen, die in Deutschland kein Bleiberecht haben, unser
- 10 Land wieder verlassen müssen – schnell und zuverlässig. Das ist eine Voraussetzung dafür, dass Migration in der Gesellschaft insgesamt anerkannt wird und Integration funktioniert.



Helge Limburg (Die Grünen)

- Wir erleben gegenwärtig die Flucht von vielen Menschen aus verschiedenen Ländern nach Europa und natürlich auch nach Deutschland. (...) Die Unterbringung, die Versorgung, die Betreuung, die
- 5 Beschulung dieser Menschen und vieles mehr sind natürlich eine große Herausforderung für unsere Länder, insbesondere für die Kommunen. (...) Die öffentliche Debatte in den vergangenen Monaten fokussierte sich leider viel zu selten auf die Frage, was wir tun können,
- 10 um die Kommunen bei dieser Arbeit zu unterstützen. Sie drehte sich auch nicht um die Frage der humanitären Hilfe, also was wir tun können, um möglichst vielen Menschen ein Leben in Freiheit, Sicherheit und Würde in ihren Heimatländern zu ermöglichen. (...) Die Debatte
- 15 fokussierte sich in der Tat vor allem auf immer härtere Eingriffe in die Grundrechte von Geflüchteten. (...) Meine Damen und Herren, klar, auch Abschiebungen können in einem Rechtsstaat die Folge eines rechtskräftig abgeschlossenen Verfahrens sein, wenn es keine Perspektive auf ein Bleiberecht gibt. Aber das sollte kein Grund für markige Sprüche und verbale Überbietungswettbewerbe sein.

Stephan Thomae (FDP)



- 1 Wir haben immer noch etwa 1 Million Ukraine-Flüchtlinge bei uns im Land. Und in diesem Jahr werden es etwa eine halbe Million weiterer Menschen sein, die nach Deutschland kommen, zusätzlich zu denen, die in den vergangenen Jahren zu uns gekommen sind. Das bringt unser Land – die Gemeinden, die Kommunen, die Kindergärten, die Schulen – natürlich an Limits. Deswegen erwarten die Menschen völlig zu Recht, dass diese Regierung
- 10 wirksame, verhältnismäßige, sinnvolle und rechtsstaatliche Maßnahmen ergreift, um dieser Lage Herr zu werden – nicht uferlos, aber wirksam und evidenzbasiert, mit Ziel und Augenmaß. (...) „Abschiebung“ ist kein Begriff aus dem Wörterbuch eines Unmenschen, sondern
- 15 das ist die notwendige, sinnvolle und konsequente Vollendung einer behördlichen, vielleicht auch gerichtlichen Entscheidung. Wenn ein Asylantrag abgelehnt worden ist, dann muss daraus die Ausreise der betreffenden Person folgen. (...) Wir (setzen) in der Asylpolitik (...) neue
- 20 Paradigmata, indem wir reguläre Einwanderung in den Arbeitsmarkt erleichtern, aber irreguläre Einwanderung begrenzen und erschweren.

Dr. Hendrik Hoppenstedt (CDU/CSU)



- 1 Unser Land befindet sich in einer akuten multiplen Krise: einer Haushaltskrise, einer Wirtschaftskrise, aber vor allen Dingen auch einer Migrationskrise. (...) Die Asylantragsstellungszahlen in Ihrer
- 5 Regierungszeit (*der amtierenden Regierung*) sind explodiert. Bei den Erstanträgen haben wir dieses Jahr doppelt so viele wie in 2021. Die Aufnahmekapazitäten in den Gemeinden und Städten sind erschöpft. Es gibt dort keine Unterkünfte mehr, keine Integrationskapazitäten
- 10 mehr, und es gibt vor allen Dingen auch immer weniger Aufnahmebereitschaft bei den Menschen vor Ort. Deshalb muss ein Baustein einer neuen Migrationspolitik sein, dass ausreisepflichtige Ausländer effektiv in ihre Herkunftsstaaten zurückgeführt werden. (...) Erweitern
- 15 Sie die Liste der sicheren Herkunftsstaaten um Algerien, Marokko, Tunesien und Indien! Sorgen Sie dafür, dass Asylbewerber und ausreisepflichtige Personen dauerhaft nur die abgesenkten Sozialleistungen des Asylbewerberleistungsgesetzes erhalten! Und kümmern Sie sich endlich um funktionierende Rückführungsabkommen mit den Herkunftsländern!



Eine politische Rede analysieren

Wählen Sie eine*n der Abgeordneten der Parteien aus, dessen*deren Rede Sie sich in voller Länge anschauen (► QR-Code). Analysieren Sie die Rede mit Hilfe der folgenden Erschließungsfragen.



<https://t1p.de/2424-s11-bundestagsreden>

Kontext: • Wo und wann wird die Rede gehalten? • Zu welchem Anlass wird die Rede gehalten? • An wen richtet sich die Rede?

Redner*in: • Wer ist der*die Redner*in? In welcher Funktion spricht er*sie? • Gehört der*die Redner*in einer bestimmten Gruppierung an? Kann ihm*ihr eine weltanschauliche Überzeugung zugeordnet werden?

Inhalt: • Was ist das Thema der Rede? • Welche zentralen Aussagen werden gemacht? • Welche Argumente

bringt der*die Redner*in vor? • Was will er*sie vermitteln und welches Ziel hat die Rede?

Rhetorische Analyse: • Um welche Art von Rede handelt es sich? • Welche Sprache verwendet der*die Redner*in, z. B. Fach- oder Umgangssprache? Ist die Ausdrucksweise eher formell oder informell? • Ist die Rede klar aufgebaut und strukturiert? • Welche sprachlichen und rhetorischen Stilmittel benutzt der*die Redner*in? • Werden Vergleiche, Metaphern, Bilder oder Schlagworte genutzt? • Welche Wirkung wird damit erzeugt? • Lassen sich in bestimmten Äußerungen eine Absicht des*der Redner*in oder implizite Aussagegehalte erkennen?

Dr. Bernd Baumann (AfD)



- 1 Den wirklichen Willen dazu (*abzuschieben*) haben nur wir, meine Damen und Herren. Und wer den Willen hat, der weiß auch, dass Abschiebungen allein gar nicht reichen. (...)
- 5 Wir brauchen endlich – endlich! – einen lückenlosen Grenzschutz an unseren deutschen Außengrenzen in Europa, und das bedeutet die sofortige Zurückweisung aller illegalen Migranten an unseren Grenzen, und zwar ohne Wenn und Aber, meine Damen und Herren. (...)
- 10 Zweitens. Abschaffung aller Pull-Faktoren, die Armuts-migranten herlocken: keine falsche Perspektive mehr auf schnelle deutsche Staatsbürgerschaft, kein Familien-nachzug mehr für Leute, die nur vorübergehend hier Schutz genießen, und nur noch Sachleistungen zum all-
- 15 täglichen Leben. Alle bestehenden Pull-Faktoren müssen weg. Wir müssen den Asylmagneten abschalten, meine Damen und Herren – endgültig, ein für alle Mal.

Clara Büniger (DIE LINKE)



- 1 Wir als Linke sind mittlerweile die einzige Fraktion in diesem Parlament, die bei der Spirale der Entrechtung nicht mitmacht. Wir sind die Einzigen, die klipp und klar sagen: Die Geflüchteten sind nicht das Problem, sondern
- 5 die Ausstattung der Kommunen und die Verteilung von Reichtum in diesem Land (...). Wir sind die einzige Partei, die sagt: Abschiebungen lösen keine Probleme. Abschiebungen bauen keine Wohnungen. Abschiebungen schaffen keine Kitaplätze. Abschiebungen stellen keine
- 10 Lehrerinnen und Lehrer ein. Abschiebungen verbessern keine Arbeitsbedingungen in Kliniken und sichern keine Renten. Statt in großem Stil abzuschieben, sollten Sie endlich in großem Stil soziale Politik machen.

Alle Textauszüge aus: Erste Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zur Verbesserung der Rückführung (Rückführungsverbesserungsgesetz). In: Deutscher Bundestag: Plenarprotokoll 20/141 vom 30.11.2023, S. 17767 ff. (<https://dserver.bundestag.de/btp/20/20141.pdf#P.17767> – Zugriff vom 21.5.2024).

AUFGABEN

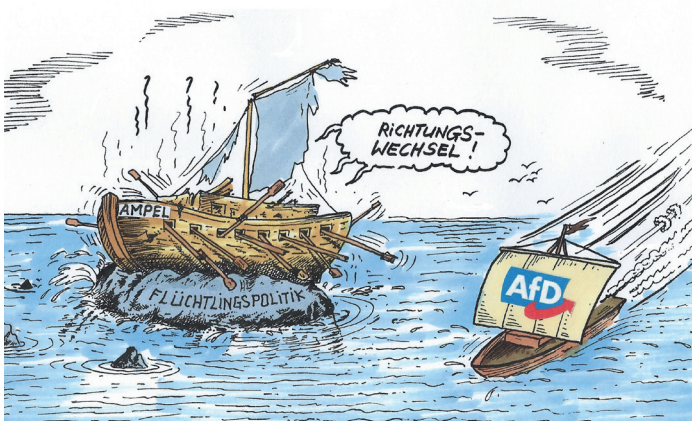
1. Arbeiten Sie die Ziele und Ideen der Parteien heraus und vergleichen Sie diese miteinander.
2. Markieren Sie Stellen in den Reden, die Sie überzeugend finden und solche, denen Sie nicht zustimmen können. Das können sowohl inhaltliche Aussagen als auch sprachliche Formulierungen sein. Stellen Sie sich zu zweit gegenseitig vor, welche Stellen Sie markiert haben und versuchen Sie zu begründen.
3. Schauen Sie sich eine der Reden in voller Länge an und analysieren Sie sie. ►Methode
4. Analysieren Sie in Arbeitsgruppen, welche Aspekte des politischen Problems (vgl. S. 6) in den jeweiligen Konzepten der Parteien angesprochen werden. Beziehen Sie dabei die folgenden Fragen mit ein:
 - Welche Perspektive auf das politische Problem nehmen die Redner*innen jeweils ein?
 - Auf welche Interessen gehen sie ein?
 - Wie beziehen sie sich auf die Grundrechte derer, die von Flucht und potenzieller Abschiebung betroffen sind?
5. Diskutieren Sie im Plenum, inwieweit die einzelnen Konzepte zur Lösung des Problems beitragen könnten.

Positionen weiterer Akteur*innen

Migrationswissenschaftler*innen kritisieren den populistischen Ton in der Asyldebatte

- 1 Einfache Lösungen beim Migrationsthema sind nicht in Sicht. „Wenn Kriege und Krisen entstehen, sind Menschen gezwungen zu flüchten. Die Hauptbotschaft in der aktuellen Debatte sollte deshalb sein, dass eine
- 5 hundertprozentige Steuerung von Migration nicht funktionieren kann. Diesen Mut, sich das einzugestehen, sollte man haben“, sagte der Migrationsforscher Hannes Schamman bei tagesschau.de.
- Eine Einschätzung, die in der Migrationsdebatte kaum
- 10 Gehör findet. Den Ton prägen andere: Wie die AfD in Deutschland machen Rechtspopulisten überall in Europa Stimmung gegen Flüchtlinge. Wenn über Migration gesprochen werde, nütze dies tatsächlich erst einmal den rechten Parteien, weil das deren Kernthema sei, betont
- 15 der Politikwissenschaftler Thorsten Faas.
- In Deutschland muss sich inzwischen auch die Union des Öfteren den Vorwurf gefallen lassen, nicht den richtigen Ton zu treffen. So geriet CDU-Chef Merz in die Kritik, nachdem er in einer Talk-Runde über abgelehnte Asylbe-
- 20 werber gesagt hatte, dass diese sich in Deutschland die Zähne neu machen ließen, während Deutsche keinen Termin beim Zahnarzt bekämen. (...)
- Äußerungen wie diese scheinen auch dazu gedacht zu sein, der AfD bei ihrem wichtigsten Thema das Wasser
- 25 abzugraben. Die Rechtspopulisten erleben in Umfragen gerade (*Herbst 2023*) einen Höhenflug. Doch unter politischen Beobachtern und Politikwissenschaftlern ist umstritten, ob die Strategie aufgehen kann: Möglich wäre auch, dass die Union die AfD mit markigen Sprüchen
- 30 zum Migrationsthema letztlich stärkt.

Worum es in der aktuellen Asyldebatte geht. In: Deutschlandfunk vom 6.11.2023 (<https://www.deutschlandfunk.de/asyl-debatte-fluechtlings-100.html#Ausgangslage> – Zugriff vom 12.4.2024).



© Karikatur: Waldemar Mandzel

Verbände und zivilgesellschaftliche Gruppen fordern Neuausrichtung der Asylpolitik

- 1 Mit Vorschlägen für eine Neuausrichtung der Asyl-, Aufnahme- und Integrationspolitik wendet sich der Paritätische Gesamtverband heute gemeinsam mit einem Bündnis zivilgesellschaftlicher Organisationen und Wohlfahrtsverbände an die Politik. In einem Fünf-Punkte-Plan zeigt das Bündnis: Ein konstruktiver und menschenrechtskonformer Umgang mit der Aufnahme und Integration von Schutzsuchenden ist möglich, notwendig und entlastet die Kommunen. Das Bündnis besteht neben
- 5 dem Paritätischen Wohlfahrtsverband unter anderem aus Amnesty International, Pro Asyl, Caritas und dem Deutschen Anwaltverein.
- Von der Bundesregierung erwartet der Paritätische nun eine gestaltende und vorausschauende Flüchtlingspolitik. Nach Monaten der rhetorischen Verschärfung in der politischen Debatte brauche es dringend eine lösungsorientierte Politik, die am Schutz von Menschen sowie der Stärkung der Unterstützungsstrukturen ausgerichtet ist. Der Zugang zu regulären Sozialleistungen, die Abschaffung aller bestehender Arbeitsverbote sowie die
- 10 Ermöglichung privater Unterbringung helfe den Schutzsuchenden und der Aufnahmegesellschaft.

5-Punkte-Plan: Neuausrichtung der Asylpolitik gefordert. In: Der Paritätische vom 3.11.2023 (<https://t1p.de/2424-5punkte> – Zugriff vom 12.4.2024).

AUFGABEN

1. Vergleichen Sie die Positionen der Parteien (S. 10/11) und der zivilgesellschaftlichen Gruppen (diese Seite) miteinander.
2. Recherchieren Sie, welche zivilgesellschaftlichen und wissenschaftlichen Positionen in der Debatte außerdem noch eine Rolle spielen könnten.
3. Betrachten Sie die Karikatur und interpretieren Sie ihre Aussage. ►Tipp
4. Diskutieren Sie die Aussage der Karikatur in Verbindung mit der Kritik der Migrationswissenschaftler*innen am Populismus.
5. Diskutieren Sie im Plenum Möglichkeiten, wie Betroffene in die Auseinandersetzung eingebunden werden könnten.



TIPP

Wie analysiere ich eine Karikatur?

<https://t1p.de/2424-s12-karikaturanalyse>

Von der Einigung zwischen Bund und Ländern zum Gesetz

Der Bundeskanzler und die Länder haben sich bei einem Gipfeltreffen im November 2023 auf das Ziel verständigt, den Zuzug von Asylsuchenden zu reduzieren. Die Einigung, die bei diesem Treffen erzielt wurde, kann als ein erstes Ergebnis der Kontroverse um die Asylpolitik gewertet werden. Im Januar 2024 hat der Bundestag dann das sogenannte Gesetz zur Verbesserung der Rückführung beschlossen. Mit diesen beiden politischen Entscheidungen befassen Sie sich auf den nächsten Seiten. Sie analysieren, welche Positionen sich in den Beschlüssen durchgesetzt haben und welche Interessen und Ziele mehr oder weniger berücksichtigt wurden.



Bund-Länder-Gipfel: Manuela Schwesig (Ministerpräsidentin von Mecklenburg-Vorpommern, SPD) im Gespräch mit Robert Habeck (Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz, Bündnis 90/Die Grünen)

Beschluss des Bund-Länder-Gipfels, 6.11.2023

- 1 Der Bundeskanzler und die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder sind sich einig, dass die Zahl der im Wege der Fluchtmigration nach Deutschland Kommenden deutlich und nachhaltig gesenkt werden muss. Klare und zielgerichtete Maßnahmen gegen unkontrollierte Zuwanderung, die rasch und wirksam für Entlastung sorgen und den aktuell zu hohen Zuzug effektiv begrenzen, sind daher eine Notwendigkeit. Es gilt, das Leistungs- und Integrationsvermögen der Kommunen im Blick zu behalten. Denn insbesondere die Kommunen sind auf eine solche spürbare Senkung der Zahl der neu ankommenden Personen aus Drittstaaten angewiesen, um Unterbringung und Integration bewältigen zu können.
- 15 Es wird zwischen denjenigen, die in Deutschland leben wollen, aber kein Bleiberecht haben, und denen, die vor Krieg, Verfolgung und Vertreibung fliehen und daher Schutz brauchen, unterschieden. Ziel ist es, dass weniger Menschen nach Europa und nach Deutschland kommen,
- 20 die keine Aussicht auf Bleiberecht haben, und Menschen mit Bleiberecht solidarisch in der EU verteilt werden.

Besprechung des Bundeskanzlers mit den Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder am 6. November 2023. Beschluss. In: Die Bundesregierung, 2023, S. 3 (<https://t1p.de/Bund-Laender-Treffen-11-23> – Zugriff vom 3.6.2024).

Was Bund und Länder beschlossen haben

Asylverfahren: Insgesamt soll die Zahl der Menschen, die im Wege der Fluchtmigration nach Deutschland kommen, deutlich und nachhaltig gesenkt werden. Asylverfahren für Angehörige von Staaten, für die die Anerkennungsquote weniger als fünf Prozent beträgt, sollen zügiger als bisher abgeschlossen werden. Ziel ist, das Asyl- und das anschließende Gerichtsverfahren bei ihnen jeweils in drei Monaten abzuschließen. In allen anderen Fällen sollen die Asylverfahren regelhaft nach sechs Monaten beendet sein. (...)

Leistungskürzungen für Asylbewerber: Asylbewerber sollen künftig sogenannte Analogleistungen in Höhe der Sätze der regulären Sozialhilfe erst nach 36 und nicht mehr nach 18 Monaten bekommen. Zudem sollen Leistungen wie Essen in staatlichen Unterkünften fortan auf Zahlungen angerechnet werden. (...)

Bezahlkarten statt Bargeld: Bund und Länder wollen für Geflüchtete Bezahlkarten einführen, mit denen sie Güter des täglichen Bedarfs bargeldlos einkaufen können. Dies würde Möglichkeiten für Asylbewerber einschränken, Geld zurück in ihre Heimatländer zu überweisen, was teils als Anreiz zur Flucht nach Deutschland gesehen wird. (...)

Asylverfahren in Drittstaaten: Die Bundesregierung will prüfen, ob Asylverfahren außerhalb Europas möglich sind. Geprüft werden soll, ob die Feststellung des Schutzstatus von Geflüchteten unter Achtung der Genfer Flüchtlingskonvention und der Europäischen Menschenrechtskonvention zukünftig auch in Transit- oder Drittstaaten erfolgen kann.

Was Bund und Länder beschlossen haben. In: Tagesschau vom 7.11.2023 (<https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/migration-asyl-beschluesse-100.html> – Zugriff vom 3.6.2024).

AUFGABE

Analysieren Sie den Beschluss des Bund-Länder-Gipfels: Welche Elemente der Auseinandersetzung um die Asylpolitik lassen sich im Beschluss wiederfinden? Welche Positionen und Konzepte haben sich durchgesetzt?

Der Gesetzentwurf der Bundesregierung, 24.11.2023

- 1 Die Fortdauer und die Anordnung von Abschiebungshaft soll künftig unabhängig von etwaigen Asylantragstellungen möglich sein, auch bei Folgeanträgen. Verstöße gegen Einreise- und Aufenthaltsverbote werden laut Gesetz
- 5 als eigenständiger Haftgrund außerhalb der Fluchtgefahr im Rahmen der Sicherungshaft geregelt; zudem ist ein behördliches Beschwerderecht für den Fall der Ablehnung des Abschiebungshafthantrags vorgesehen.
- Beim Ausreisegewahrsam sieht das Gesetz vor, dessen
- 10 Höchstdauer von derzeit zehn auf 28 Tage zu verlängern, um effektiver als bisher ein Untertauchen des Abzuschiebenden zu verhindern. Reduziert werden sollen die Fälle, in denen Staatsanwaltschaften bei Abschiebungen aus der Haft zu beteiligen sind. Auch sollen Abschiebungen
- 15 nicht mehr angekündigt werden müssen, sofern nicht Familien mit Kindern unter zwölf Jahren betroffen sind.

Helmut Stoltenberg, Lukas Stern: Bundestag stimmt Gesetz zur Verbesserung von Rückführungen zu. In: Deutscher Bundestag vom 18.1.2024 (<https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2024/kw03-de-rueckfuehrung-986284> – Zugriff vom 3.6.2024).

Verschärfte Asylgesetze im Bundestag beschlossen, 18.1.2024

- 1 Mit der Mehrheit der Stimmen von SPD, FDP – und bis auf wenige Abweichler – auch mit den Stimmen der Grünen hat der Bundestag am Donnerstag das „Rückführungsverbesserungsgesetz“ beschlossen. (...) Damit werden
- 5 unter anderem die Möglichkeiten der Abschiebehaft für abgelehnte Asylsuchende und die Durchsuchungsbefugnisse zur Identitätsklärung ausgeweitet. (...) Die Höchstdauer des Ausreisegewahrsams verlängert sich von zehn auf 28 Tage. (...) Zudem sollen Asylsuchende in langwierigen Verfahren zukünftig doppelt so lange niedrigere Sozialleistungen gemäß Asylbewerberleistungsgesetz erhalten – nämlich für drei Jahre statt 18 Monate.

Thea Petrik: Verschärfte Asylgesetze im Bundestag beschlossen: Das sind die Details. In: Telepolis vom 19.1.2024 (<https://t1p.de/2424-telepolis-asylgesetz> – Zugriff vom 3.6.2024).



ZUSATZ

Wie entsteht ein Gesetz?

<https://t1p.de/2424-s14-gesetzgebungsprozess>

AUFGABEN

1. Vergleichen Sie den Beschluss des Bund-Länder-Gipfels (S. 13) mit dem Gesetzentwurf und mit dem Beschluss des Bundestages. Welche Aspekte wurden vernachlässigt, verändert oder umgesetzt?
2. Überlegen Sie, welche Akteur*innen an der Entscheidung des „Rückführungsverbesserungsgesetzes“ beteiligt waren. Beachten Sie dafür den Gesetzgebungsprozess. ►Zusatz
3. Entwickeln Sie einen Zeitstrahl zu den zentralen Phasen des politischen Prozesses zur Asylpolitik.

Methode

Ein politisches Urteil begründen

Beurteilungsmaßstab	Sichtweisen		
Politische Rationalität	Politische Akteur*innen	Politisch Betroffene	Demokratisches System
Kategorie „Effizienz“	Handlungsmöglichkeiten, Handlungsrestriktionen, Entscheidungskompetenzen, Macht, Aufwand, Kosten	Individueller Nutzen, Individuelle Kosten, Individuelle Interessen	Funktionsfähigkeit, Leistungsfähigkeit, Stabilität
Kategorie „Legitimität“	Humanverträglichkeit: Grund- und Menschenrechte, Demokratische Prinzipien Sozialverträglichkeit: Zumutbarkeit, Interessenberücksichtigung, Gemeinwohlorientierung, Akzeptanz, Transparenz, Partizipation Umweltverträglichkeit: Ökologische Dimension	Selbstbestimmung, Mitbestimmung, Identität, Verallgemeinerbare Interessen, Verallgemeinerbare Werte	Grund- und Menschenrechte, Demokratie, Rechtsstaat, Sozialstaat, Alternativen

Nach Kurt Lach, Peter Massing: Problematisierungsphase – Urteilsbildung – Metakommunikation. In: Sabine Achour, Siegfried Frech, Peter Massing, Veit Strassner: „Methodentraining für den Politikunterricht“. Frankfurt/M. 2020, S. 244.



Reaktionen und Bewertung: Können schnellere Abschiebungen die Lösung sein?

Die Beschlüsse des Bund-Länder-Gipfels und des „Rückführungsverbesserungsgesetzes“ stellen einen vorläufigen Schluss der Auseinandersetzung um die Asylpolitik dar. Eine getroffene Entscheidung bildet aber in der Demokratie immer noch nicht das Ende des politischen Prozesses. Wie wird die Entscheidung bewertet? Was ist gelöst, welche Fragen sind offen geblieben?

Die Politik hat in der Migration einen gefährlichen Kurswechsel vollzogen

Marcel Fratzscher (Präsident des DIW, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung)

- 1 Der Flüchtlingsgipfel von Bund und Ländern hat sich auf Maßnahmen konzentriert, die hauptsächlich darauf abzielen, die Zuwanderung zu reduzieren. (...)
- Die Entscheidungen ignorieren das wichtigste Ziel: die
- 5 Verbesserung der Integration für die 3,3 Millionen Schutzsuchenden in Deutschland. (...)
- Das Abkommen tritt die Würde der Schutzsuchenden mit Füßen. Schon im Vorfeld haben vor allem diejenigen, die noch härtere Maßnahmen fordern, suggeriert, Geflüchtete erhielten eine zu großzügige Unterstützung. Viele kämen nach Deutschland, um den Sozialstaat auszunutzen. Und zu guter Letzt hat sich mit diesen Entscheidungen des Flüchtlingsgipfels letztlich die AfD durchgesetzt.
- 15 Durch den Beschluss, der nun auch von den Grünen und der SPD mitgetragen wird, verstärkt sich das von der AfD gesetzte Narrativ, nach dem Geflüchtete ein zentrales Problem für Deutschland seien und ihre schlechtere Behandlung das Problem lösen werde. Eine solche Migrationspolitik wird kein Problem lösen und die Gesellschaft lediglich weiter polarisieren.

Marcel Fratzscher: Schlecht für die Schutzsuchenden, gut für die AfD. In: Zeit Online vom 10.11.2023 (<https://www.zeit.de/wirtschaft/2023-11/fluemflingstingipfel-bund-laender-asylpolitik-afd> – Zugriff vom 15.4.2022).

Pro-Asyl: Das neue Rückführungsgesetz bedient rechten Populismus, löst aber keine Probleme

- 1 Das im Januar 2024 beschlossene sogenannte Rückführungsverbesserungsgesetz soll dafür sorgen, dass Menschen ohne Bleiberecht Deutschland schneller verlassen müssen. Es wird ein paar mehr Abschiebungen geben
- 5 – vor allem aber deutlich mehr Grundrechtsverletzungen, rechtstaatlich fragwürdige Inhaftierungen und eine noch brutalere Abschiebungspraxis. (...)
- Es (ist) höchst fahrlässig, den Diskurs immer weiter nach rechts zu verschieben und den Blick vor allem auf Restriktionen und vermehrte Abschiebungen zu richten. Der Blick der Politik muss sich 2024 endlich wieder auf die Aufnahme und Integration der nach Deutschland flüchtenden Menschen richten. Dafür sind finanzielle Mittel, personelle Ressourcen und gesetzgeberische Änderun-

- 15 gen notwendig. (...) Mehr Härte bei Abschiebungen mag zwar zu einigen Abschiebungen mehr führen – allerdings zu einem sehr hohen Preis. Und sie schafft keine Kita- oder Schulplätze und baut keine bezahlbaren Wohnungen, die allerdings dringend notwendig sind, da
- 20 die meisten Menschen, die in Deutschland Asyl suchen, hierbleiben werden.

Das neue Rückführungsgesetz bedient rechten Populismus, löst aber keine Probleme. In: ProAsyl vom 19.1.2024 (<https://t1p.de/proasyl-rueckfuehrungsgesetz> – Zugriff vom 15.4.2024).

Kritik von Grünen und CDU am Gesetz

- 1 Die Co-Vorsitzende der Grünen Jugend, Katharina Stolla, warnte (...): „Das Abschiebengesetz bedeutet eine unfassbare Entrechtung von Menschen, die eigentlich dringend Schutz bräuchten“ (...). Aus ihrer Sicht lässt sich die
- 5 Bundesregierung von Rechten treiben. (...)
- Von der Union gab es am Mittwoch ebenfalls kritische Worte. „Die Grünen schreiben eine Pflicht ins Gesetz, Anwälte vor Ausreisegewahrsam über die Maßnahmen zu informieren – damit werden die Ausreisepflichtigen
- 10 aber über alle Berge sein, wenn sie in Haft genommen werden sollen“, sagte der innenpolitische Sprecher der Unionsfraktion, Alexander Throm (CDU). Das Rückführungsverbesserungsgesetz sei in Wirklichkeit ein „Rückführungsverschlechterungsgesetz“.

Abschiebepaket der Ampel: Mehr Haftmöglichkeiten und Polizeibefugnisse. In: Stern vom 18.1.2024 (<https://t1p.de/stern-abschiebepaket> – Zugriff vom 16.4.2024).

AUFGABEN

1. Inwieweit tragen die aktuellen Entscheidungen in der Asylpolitik zur Lösung oder Entschärfung des politischen Problems bei? Sammeln Sie Pro- und Kontra-Argumente und diskutieren Sie diese.
 2. Entwickeln Sie auf der Grundlage der Argumente ein eigenes Urteil und begründen Sie dieses.
- Methode S. 14



ZUSATZ

Hier können Sie sich mithilfe der WOCHENSCHAU „Zukunft der Europäischen Union“ mit der europäischen Asylpolitik auseinandersetzen.

<https://t1p.de/2424-s15-asylpolitik-europa>

Deutschland und der Klimawandel: Das Ringen um die Klimaziele

Im April 2024 wurde eine neue Fassung des Klimaschutzgesetzes in Deutschland verabschiedet. Der politische Prozess, der zu dem Beschluss geführt hat, weist einige Besonderheiten auf. Die Entscheidung stellt eine Änderung eines bereits bestehenden Gesetzes dar und neben den politischen Institutionen, den Parteien und zivilgesellschaftlichen Gruppen haben Gerichtsurteile eine zentrale Rolle gespielt. In diesem Kapitel analysieren Sie einen komplexen politischen Prozess, der in mehreren Zyklen verläuft und sich in verschiedenen gesellschaftlichen und politischen Arenen abspielt.

23.11.2023: Das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg verurteilt die Bundesregierung zur Umsetzung von Sofortprogrammen für einzelne Wirtschaftsbereiche, die ihre sektorspezifischen CO₂-Einsparungsziele verfehlen.

1 **19.12.2019:** Der Deutsche Bundestag verabschiedet das Bundes-Klimaschutzgesetz (KSG), das nationale Klimaschutzziele festlegt. *Problem*

11.9.2023: Die Bundesregierung legt einen Gesetzentwurf zur Reformierung des Klimaschutzgesetzes vor (zweite Änderung). Der Entwurf sieht die Abschaffung der CO₂-Einsparungsziele für einzelne Wirtschaftssektoren vor.

4.10.2023: Die Bundesregierung beschließt ein neues Klimaschutzprogramm mit Maßnahmen zur CO₂-Reduktion.

24.6.2021: Der Deutsche Bundestag beschließt die erste Änderung des Klimaschutzgesetzes. Mit dem neuen Gesetz werden die nationalen Klimaziele verschärft.

15.3.2022: Das Umweltbundesamt legt den Emissionsbericht für das Jahr 2021 vor. Deutschland hat das Jahresziel zur Reduktion von CO₂-Emissionen verfehlt.

15.3.2023: Laut Bericht des Umweltbundesamts hat Deutschland 2022 das Klimaziel insgesamt knapp erreicht. Die Sektoren Verkehr und Gebäude haben ihre Ziele jedoch verfehlt.

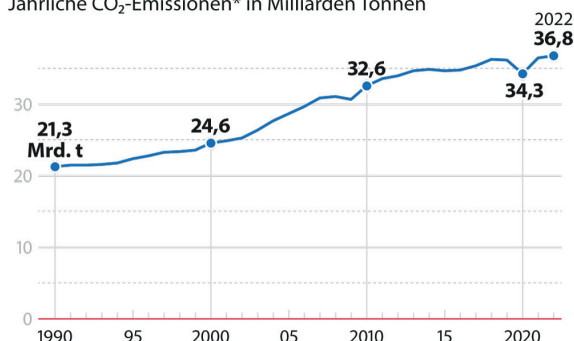
26.4.2024: Der Bundestag beschließt die zweite Änderung des Klimaschutzgesetzes und schafft die gesetzliche Verpflichtung ab, bei Zielverfehlung in einzelnen Wirtschaftssektoren mit Sofortprogrammen zu reagieren.

29.4.2021: Das Bundesverfassungsgericht erklärt in seinem „Klimabeschluss“ Bestimmungen des Klimaschutzgesetzes mit den Grundrechten für unvereinbar, da die festgelegten CO₂-Reduktionen nicht ausreichen.

Autorentext

Globaler CO₂-Ausstoß auf Rekordhöhe

Jährliche CO₂-Emissionen* in Milliarden Tonnen



dpa • 105398 *ohne Landnutzungsänderungen Quelle: Intern. Energieagentur

AUFGABEN

- Finden Sie sich in Arbeitsgruppen zusammen.
 - Sortieren Sie die oben stehenden Meldungen zeitlich. Nummerieren Sie sie von 1 – 7.
 - Ordnen Sie die Geschehnisse jeweils den Phasen des Politikzyklus zu (vgl. S. 5) und beschriften Sie die Textkästen entsprechend.
- Beschreiben Sie das politische Problem, auf das das Klimaschutzgesetz reagiert. Beziehen Sie sich dafür auf die Grafik und den QR-Code.



Wie verändert der Klimawandel die Erde?
Hier geht's zu einer interaktiven Grafik.

<https://t1p.de/zdf-klimawandel>

Einführung und erste Änderung des Klimaschutzgesetzes: Welche Klimaziele werden dem Problem gerecht?

Im Jahr 2019 hat der Deutsche Bundestag das Klimaschutzgesetz (KSG) verabschiedet, das erstmals die nationalen Klimaschutzziele für Deutschland verbindlich regelt. Verantwortlich für die Regelung war die damals regierende Große Koalition aus CDU/CSU und SPD mit Kanzlerin Angela Merkel. Auf den nächsten Seiten erfahren Sie, was das Klimaschutzgesetz regelt und warum es 2021 zu einer ersten Änderung kam.

Das Klimaschutzgesetz (KSG), 12.12.2019

§ 1 Zweck dieses Gesetzes ist es, zum Schutz vor den Auswirkungen des weltweiten Klimawandels die Erfüllung der nationalen Klimaschutzziele sowie die Einhaltung der europäischen Zielvorgaben zu gewährleisten. Die ökologischen, sozialen und ökonomischen Folgen werden berücksichtigt. Grundlage bildet die Verpflichtung nach dem Übereinkommen von Paris aufgrund der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen, wonach der Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur auf deutlich unter 2 Grad Celsius und möglichst auf 1,5 Grad Celsius gegenüber dem vorindustriellen Niveau zu begrenzen ist, um die Auswirkungen des weltweiten Klimawandels so gering wie möglich zu halten (...).

Ein gesetzlicher Rahmen für den Klimaschutz

- 1 Mit dem Gesetz werden die deutschen Klimaschutzziele bis 2030 erstmals gesetzlich verbindlich festgeschrieben. Damit wurde der lange geforderte Rechtsrahmen für Klimaschutz in Deutschland geschaffen. Es ist das erste
5 Klimaschutzgesetz, das auf Bundesebene erlassen wurde.
Nationale Klimaschutzziele: Das Gesetz schreibt das Klimaschutzziel für 2030, die Minderung der Treibhausgasemissionen um mindestens 55 Prozent gegenüber 1990, gesetzlich fest. Außerdem formuliert das Gesetz
10 das Bekenntnis, das Ziel der Treibhausgasneutralität bis 2050 zu verfolgen. (...)

Jährliche Emissionsmengen für jeden Sektor: Das Klimaschutzgesetz legt jährliche Emissionsziele in Form von maximalen Emissionsmengen für die einzelnen Sektoren Energie, Industrie, Verkehr, Gebäude, Landwirtschaft und Abfallwirtschaft gesetzlich fest. Damit gibt das Gesetz vor, in welchem Maße die Emissionen in den Sektoren bis 2030 reduziert werden müssen.

- Verantwortung der Bundesministerien für den Klimaschutz:** Die Verantwortung für die Erreichung der Ziele der einzelnen Sektoren wird den jeweiligen Bundesministerien zugeschrieben. (...) Um die festgelegten Ziele zu erreichen, sind die Ministerien dafür verantwortlich, die dafür erforderlichen Maßnahmen zu veranlassen. (...)
25 **Überprüfungs- und Kontrollmechanismus:** Die Emissionsdaten werden vom Umweltbundesamt jährlich für die



Angela Merkel (CDU, damals Bundeskanzlerin) bei der Abstimmung über das Klimaschutzgesetz im Bundestag

© Foto: picture alliance/dpa | Fabian Sommer

- einzelnen Sektoren ermittelt und im März des Folgejahres veröffentlicht. Durch die regelmäßigen Berichte und die Überprüfung der Daten durch den Expertenrat für Klimafragen wird der Fortschritt in Sachen Klimaschutz gemessen und unzureichende Entwicklungen aufgedeckt, etwa die Überschreitung der jährlichen Emissionsziele.

- Nachsteuerung bei Zielverfehlung:** Im Falle einer Zielverfehlung verpflichtet das Klimaschutzgesetz die
35 Ministerien dazu, innerhalb von drei Monaten ein Sofortprogramm aufzulegen, das die Einhaltung der Jahresemissionsmengen für die folgenden Jahre gewährleistet. Sollte ein Sektor seine Klimaschutzverpflichtungen nicht erfüllen, muss das zuständige Ministerium somit durch
40 geeignete Maßnahmen nachbessern.

- Expertenrat für Klimafragen:** Als unabhängige Institution wird ein Expertenrat für Klimafragen etabliert, der die Emissionsdaten des Umweltbundesamtes und die geplanten Klimaschutzmaßnahmen zur Nachbesserung
45 auf ihre Wirksamkeit überprüft.

Ein gesetzlicher Rahmen für den Klimaschutz. In: World Wide Fund for Nature vom 24.2.2020 (<https://t1p.de/2424-wwf-klimaschutzgesetz> – Zugriff vom 21.6.2024).

AUFGABEN

1. Arbeiten Sie die einzelnen Regelungen des Klimaschutzgesetzes heraus.
2. Diskutieren Sie die Regelungen des Klimaschutzgesetzes in Arbeitsgruppen. Entwickeln Sie dabei ein erstes vorläufiges Urteil zu der Frage, ob die Klimaziele dem Problem gerecht werden.
3. Diskutieren Sie Ihre Urteile im Plenum.

Bundesverfassungsgericht verkündet Urteil zum Klimaschutzgesetz, 29.4.2021

- 1 Auf die Klage verschiedener Klimaschutzorganisationen, darunter Fridays For Future, und diverser Bürgerinnen und Bürger haben die Richterinnen und Richter das deutsche Klimaschutzgesetz in
- 5 Teilen für verfassungswidrig erklärt. Es gehe nicht an, die nach dem Pariser Klimaschutzabkommen notwendigen CO₂-Reduktionen weitgehend in die Zukunft zu verlagern, um die Gegenwart mit politisch mutmaßlich unbequemen, drastischen Maßnahmen zu verschonen.
- 10 Das Klimaschutzgesetz hatte definiert, dass Deutschland, entsprechend der Pariser Verabredungen, bis zum Jahr 2050 klimaneutral werden solle. Bis 2030 sollen nach dem Gesetz 55 Prozent
- 15 der notwendigen CO₂-Einsparungen erreicht werden, dazu wurden für verschiedene Gesellschaftsbereiche bestimmte Einsparziele festgelegt – aber eben nur bis zum Jahr 2030. Die notwendigen weiteren Reduktionen für die Zeit zwischen 2031 und 2050 hat der Gesetzgeber offengelassen, obwohl (oder eben weil) die mutmaßlich am schwersten zu erreichen sein werden.
- 20 Das haben die Richter nun als verfassungswidrig gerügt. Der Gebrauch der Freiheit heute dürfe nicht ohne Rücksicht auf die Freiheit der nächsten Generation organisiert werden. (...) Es müsse, das ist einer der Kernsätze des Urteils, „eine zu kurzsichtige und damit einseitige Verteilung von Freiheit und Reduktionslasten zulasten der Zukunft verhindert werden“. (...) Mit der bequemen Verschiebung von Lasten in die Zukunft ist jetzt Schluss.

Heinrich Wefing: Daran kommt niemand mehr vorbei. In: Zeit Online vom 29.4.2021 (<https://t1p.de/2424-zeit-klimaklage> – Zugriff vom 21.6.2024).



Der Erste Senat des Bundesverfassungsgerichts im Jahr 2023



Wer sind die Kläger*innen, die hinter der Verfassungsbeschwerde gegen das Klimaschutzgesetz stehen?

<https://t1p.de/greenpeace-klimaklage>



Luisa Neubauer

@Luisamneubauer

WIR HABEN GEWONNEN!!! Unserer #Klimaklage vor dem #BVerfG wurde zugestimmt. Es ist riesig. Klimaschutz ist nicht nice-to-have, Klimaschutz ist unser Grundrecht. Jetzt kämpfen wir weiter, für eine 1,5 Grad Politik, die unsere zukünftigen Freiheiten schützt, statt sie zu gefährden.

10:06 vorm. • 29. Apr. 2021

2.916 Reposts 292 Zitate 27.511 „Gefällt mir“-Angaben 58 Lesezeichen



Bundesumweltministerium

@BMUV

BMin @SvenjaSchulze68 begrüßt das heutige Urteil des #BVerfG als Stärkung für den #Klimaschutz und kündigt an, noch im Sommer Eckpunkte für ein weiterentwickeltes #Klimaschutzgesetz vorzulegen: bmu.de/PM9552 #Klimaklage #BVerfG

12:52 nachm. • 29. Apr. 2021

21 Reposts 9 Zitate 63 „Gefällt mir“-Angaben

Bundestag beschließt Änderung des Klimaschutzgesetzes, 24.6.2021

- 1 Der Bundestag hat am Donnerstag, 24. Juni 2021, nach einstündiger Debatte dem Entwurf der Bundesregierung für ein erstes Gesetz zur Änderung des Klimaschutzgesetzes (...) zugestimmt. (...)
- 5 Die Bundesregierung will mit der beschlossenen Änderung des Klimaschutzgesetzes (...) die nationalen Klimaschutzziele verschärfen und Deutschland bis zum Jahr 2045 klimaneutral machen. Sie reagiert damit auf den Beschluss des Bundesverfassungsgerichts, wonach das
- 10 Klimaschutzgesetz von 2019 in Teilen mit den Grundrechten unvereinbar ist. Laut dem Gesetzentwurf wird für 2030 ein neues Zwischenziel von 65 (statt wie bisher 55) Prozent Treibhausgasminderung gegenüber dem Jahr 1990 vorgegeben. Bis zum Jahr 2040 soll die Minderung
- 15 88 Prozent betragen. Bis 2045 sind die Treibhausgasemissionen so weit zu verringern, dass Treibhausgasneutralität erreicht wird. Um diese Vorgaben einzuhalten, werden die Minderungsziele für die einzelnen Sektoren (Energiewirtschaft, Industrie, Gebäude, Verkehr, Landwirtschaft
- 20 und Abfallwirtschaft) neu festgelegt.

Christian Hunziker, Lisa Brübler, Götz Hausding, Sandra Schmid, Lukas Stern: Bundestag verschärft das Klimaschutzgesetz. In: Deutscher Bundestag vom 24.6.2021 (<https://t1p.de/2424-bundestag-aenderung-ksk> – Zugriff vom 21.6.2024).

AUFGABEN

1. Fassen Sie das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Klimaschutzgesetz zusammen.
2. Recherchieren Sie, wer die Kläger*innen vor dem Bundesverfassungsgericht sind und diskutieren Sie, welche Interessen sie haben. ► QR-Code
3. Analysieren Sie, inwieweit die Kläger*innen ihre Interessen durchsetzen konnten.

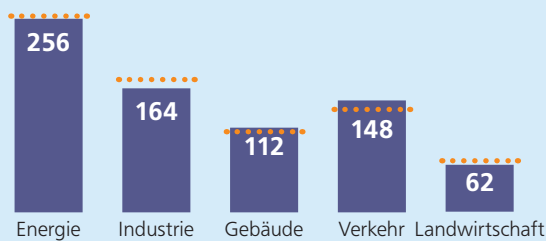


Klimaziele verfehlt – und jetzt?

Der Weg zur zweiten Änderung des Klimaschutzgesetzes

Im August 2021 ist das geänderte Klimaschutzgesetz in Kraft getreten. Die dort festgelegten Emissionsziele wurden jedoch in den Jahren 2021 und 2022 nicht wie vorgesehen erreicht. Es folgte eine Auseinandersetzung um die Ziele für einzelne Wirtschaftssektoren, die schließlich in eine erneute Änderung des Klimaschutzgesetzes mündete. Worum geht es bei der Auseinandersetzung? Welche Akteur*innen sind beteiligt? Welche Positionen haben sich durchgesetzt und was folgt daraus?

Klimaziele-Bilanz 2022



Emissionen in Megatonnen CO₂-Äquivalent

Quelle: Prüfbericht Expertenrat für Klimafragen 2023

© Grafik: Wochenschau Verlag

Bei Verkehr und Gebäuden verfehlt Deutschland die Klimaschutzziele für 2022

- 1 Deutschland hat zuletzt etwas weniger Treibhausgase ausgestoßen als im Vorjahr. Das geht aus Daten des Umweltbundesamts (UBA) hervor. Um die Klimaziele für 2030 einzuhalten, reicht das allerdings bei Weitem nicht.
- 5 (...) Im vergangenen Jahr sind die Treibhausgasemissionen Deutschlands gegenüber dem Vorjahr nur leicht gesunken: um 1,9 Prozent oder gut 15 Millionen Tonnen. (...) Die Jahresvorgabe zum Treibhausgasausstoß aus dem Klimaschutzgesetz wurde laut UBA-Angaben 2022 insgesamt eingehalten. Die Ergebnisse für die einzelnen Sektoren unterscheiden sich jedoch deutlich: Während im Bereich Landwirtschaft und Abfall die Ziele 2022 sogar mit Abstand eingehalten wurden, haben die Bereiche Gebäude und Verkehr ihre Ziele verfehlt.
- 15 (...) Um die Ziele der Bundesregierung bis 2030 zu erreichen, müssten pro Jahr nun sechs Prozent Emissionen eingespart werden, sagte Dirk Messner, Präsident des UBA, laut einer Mitteilung. „Seit 2010 waren es im Schnitt nicht einmal zwei Prozent.“

Bei Verkehr und Gebäuden verfehlt Deutschland die Klimaschutzziele für 2022. In: Der Spiegel vom 15.3.2023 (<https://t1p.de/2424-spiegel-klimaziele2022> – Zugriff vom 21.6.2024).

Seit 2019 gibt es das Klimaschutzgesetz. Es macht verbindliche Vorgaben, wie viel Treibhausgas-Emissionen in verschiedenen Sektoren pro Jahr eingespart werden müssen. (...) Das Klimaschutzgesetz gibt die Zahlen vor, im damit verbundenen Klimaschutzprogramm sind die Maßnahmen festgelegt, mit denen die Zielvorgaben erreicht werden sollen.

Martin Polansky: Wo die Bundesregierung beim Klimaschutz steht. In: Tagesschau vom 22.8.2023 (<https://t1p.de/2424-tagesschau-faq-klimaschutz> – Zugriff vom 23.7.2024).

Neues Klimaschutzprogramm, 4.10.2023

- 1 Das Klimaschutzprogramm soll Deutschlands Klimaziele erreichbar machen. Nun bringt die Regierung es auf den Weg. Das Kabinett beschloss am Mittwoch das Paket, mit dem der Treibhausgas-Ausstoß deutlich gedrückt und der Klimawandel bekämpft werden soll.
- 5 Nach mehr als einjährigem Ringen hat die Bundesregierung ihr umfassendes Klimaschutzprogramm gebilligt. (...) Teile davon sind das umstrittene Heizungsgesetz, der Ausbau Erneuerbarer Energien und auch das Deutschland-Ticket im Nahverkehr. (...) Eigentlich sollte das Paket (...) bereits kurz nach der Wahl 2021 beschlossen werden. Alle Sektoren und damit fast alle Ministerien sollten ihren Beitrag leisten, damit Deutschland auf Kurs für sein Klimaziel 2030 kommt. Habeck geriet allerdings schnell in Konflikt vor allem mit Verkehrsminister Volker Wissing und der FDP insgesamt. (...) Die Deutsche Umwelthilfe (DUH) nannte das Programm einen Offenbarungseid der Regierung, Konfliktthemen seien ausgespart worden, die verbleibende Lücke viel zu groß. Weiter heißt es, man wolle die Bundesregierung „mit unseren ab dem 23. November verhandelten Klimaklagen zu den notwendigen zusätzlichen Klimaschutzmaßnahmen verpflichten“, so DUH-Chef Jürgen Resch.
- 20

Bundeskabinett billigt Klimaschutzprogramm. In: ZDF heute vom 4.10.2023 (<https://t1p.de/2424-zdf-klimaschutzprogramm> – Zugriff vom 21.6.2024).

AUFGABEN

1. Erschließen Sie die zentralen Aussagen der Grafik sowie des darunter stehenden Textes und beschreiben Sie das neue politische Problem.
2. Arbeiten Sie die Unterschiede zwischen Klimaschutzgesetz und Klimaschutzprogramm heraus.

Der Streit um die Sektorziele: notwendig oder überflüssig?

Gesetzentwurf der Bundesregierung zum Klimaschutzgesetz, 11.9.2023

- 1 Das Klimaschutzgesetz (KSG) soll unter Auswertung der bisherigen Erfahrungen und unter Berücksichtigung der verfassungsrechtlichen Anforderungen fortentwickelt werden. Die Einhaltung der Klimaschutzziele soll künftig
5 anhand einer sektorübergreifenden und mehrjährigen Gesamtrechnung überprüft werden. Statt, wie bislang vergangene Zielverfehlungen in den Blick zu nehmen, soll mit dem nun verstärkten Fokus auf zukünftige Emissionen besser als bisher überprüft werden können, ob Deutschland auf dem richtigen Weg ist oder ob Maßnahmen nachgeschärft werden müssen. Anders als bisher soll künftig im Mittelpunkt stehen, ob der Treibhausgasausstoß insgesamt reduziert wird – unabhängig davon, in welchem Bereich er entsteht.

Michael Schmidt: Sachverständige kritisieren Bundes-Klimaschutzgesetz. In: Deutscher Bundestag vom 8.11.2023 (<https://t1p.de/2424-bundestag-ksg-aenderung> – Zugriff vom 21.6.2024).



Die Diskussion um das Klimaschutzgesetz in der Bundesregierung: Wie Grüne und FDP zur Gesetzesänderung stehen, erfahren Sie in diesem Hörbeitrag.

<https://t1p.de/tagesschau-klimaschutzgesetz>

Urteil des OVG Berlin-Brandenburg, 30.11.2023: Bundesregierung zu Sofortmaßnahmen verpflichtet

- 1 Die Bundesregierung muss nach einem Urteil des OVG (Oberverwaltungsgericht) Berlin-Brandenburg vom 30.11.2023 zusätzliche Sofortmaßnahmen beschließen, um die Klimagase aus Verkehr und Gebäuden zu drücken. Geklagt hatten die Umweltverbände DUH (Deutsche Umwelthilfe) und BUND (Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland). Die Regierung prüft, Revision einzulegen.
5 Die Umweltschützer waren vor Gericht gezogen, weil aus ihrer Sicht die zuständigen Ministerien nicht ausreichend gehandelt haben, als die zulässige Menge von Klimagasen in den beiden Sektoren überschritten wurde. § 8 des Klimaschutzgesetzes (KSG) gibt vor, dass das zuständige Ministerium mit einem Sofortprogramm gegensteuern muss, wenn die für einen Sektor zulässige Menge von Klimagasen in einem Jahr überschritten wird. Die Bundesregierung müsste dieses dann auch beschließen. Nachdem das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) und das Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB) im Juli 2022 solche Sofortprogramme vorge-

legt hatten, blieb jedoch ein Beschluss der Regierung über diese Programme aus. Stattdessen wurde im Oktober das Klimaschutzprogramm 2023 vorgelegt.

- 25 Nach Ansicht des Oberverwaltungsgerichts erfüllt dieses Klimaschutzprogramm aber nicht die Anforderungen an ein Sofortprogramm im Sinne des KSG (...). Es überprüfe lediglich anhand einer sektorübergreifenden und mehrjährigen Gesamtberechnung, ob die Klimaschutzziele bis 2030 erreicht werden. Ein Sofortprogramm müsse aber kurzfristig wirksame Maßnahmen enthalten, die die Einhaltung der im Klimaschutzgesetz ausgewiesenen Jahresemissionsmengen für die folgenden Jahre im jeweiligen Sektor sicherstellen.

Gericht verpflichtet Regierung zu zusätzlichen Klima-Maßnahmen. In: Beck aktuell vom 30.11.2023 (<https://t1p.de/2424-beck-ovg-urteil> – Zugriff vom 21.6.2024).

Ampel will Sofortprogramme aus dem Gesetz streichen

- 1 Das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg hat die Bundesregierung verurteilt, Sofortprogramme für mehr Klimaschutz im Verkehr und bei Gebäuden aufzulegen. (...) Die Regierung kann aber in Revision gehen und die
5 Wirkung des Urteils damit aufschieben. (...) Es geht um das Klimaschutzgesetz, das derzeit für jeden Sektor jährliche Ziele zur Senkung der schädlichen Treibhausgase vorschreibt. (...) Die Lage ist aber kompliziert, weil die Ampel bereits verabredet hat, genau die jetzt vor
10 Gericht umstrittenen Klauseln zu ändern. (...) Die Koalition will mit der verabredeten Änderung der jetzt vor Gericht umstrittenen Klauseln sicherstellen, dass nicht mehr für jeden Sektor verpflichtende Jahresziele umzusetzen sind, sondern dies nur noch für die Einhaltung
15 der Gesamtziele beim Klimaschutz gilt. Diese Reform ist aber noch nicht beschlossen und sehr umstritten.

Gericht: Regierung verstößt gegen Klimagesetz. In: ZDF heute vom 30.11.2023 (<https://t1p.de/2424-zdf-klima-sofortmassnahmen> – Zugriff vom 21.6.2024).

AUFGABEN

1. Vergleichen Sie das Klimaschutzgesetz von 2019 (S. 17) mit der Änderung des Gesetzes von 2021 (S. 18) und dem Gesetzentwurf von 2023.
2. Überprüfen Sie, inwieweit die Urteile des Bundesverfassungsgerichts (S. 18) und des Oberverwaltungsgerichts in dem Gesetzesvorhaben der Bundesregierung Berücksichtigung finden.
3. Analysieren Sie, welches Ziel die Bundesregierung mit der Gesetzesänderung verfolgt und welche Interessen darin zum Tragen kommen.

Warum steht die Reform in der Kritik?

- Die Bewegung Fridays for Future kritisierte, das Klimaschutzgesetz solle durch die de facto Abschaffung der Sektorziele um sein Herzstück beraubt werden. Greenpeace-Sprecher Thilo Maack sagte: „Deutschland hängt beim Klimaschutz nachweislich hinterher und dieses Klimaschutzgesetz will das Tempo weiter drosseln – das darf nicht passieren.“ Die Klimakrise sei zu gefährlich, um die nötigen Maßnahmen mit langwierigen Überprüfungen weiter auszusitzen. (...) BUND-Energieexperte Oliver Powalla sagte, mit der geplanten Abschaffung der Sektorziele verliere das Klimaschutzgesetz seine bisherige Stärke. Eine Gesamtrechnung verschleierte den Handlungsdruck in den Sektoren. Kritik kommt auch vom Bundesverband der Deutschen Industrie – aber mit einem anderen Fokus. Der stellvertretende Hauptgeschäftsführer Holger Lösch sagte, die Bundesregierung bestätige mit der Novelle des Gesetzes erneut die „sehr ehrgeizigen“ Klimaziele Deutschlands. Die hohen Energiekosten seien eine enorme Belastung für die Industrie. „Die Bundesregierung muss schnell abgestimmte Antworten finden, um die drohenden Verlagerungen von Investitionen und Produktion ins Ausland zu verhindern.“

Warum es Kritik am Klimaschutzgesetz gibt. In: Tagesschau vom 22.9.2023 (<https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/klimaschutz-gesetz-110.html> – Zugriff vom 21.6.2024).

Anhörung von Sachverständigen im Bundestagsausschuss, 8.11.2023

- Der Ausschuss für Klimaschutz und Energie hat sich am Mittwoch, 8. November 2023, im Rahmen einer Sachverständigen-Anhörung mit dem Entwurf der Bundesregierung eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Bundes-Klimaschutzgesetzes (...) befasst. Von Seiten der Experten wurde massive Kritik an der geplanten Novelle geübt. Die Experten äußerten sich in der Anhörung und in schriftlichen Stellungnahmen. Besonders heftig fiel die Kritik in den Stellungnahmen der Rechts-Sachverständigen aus. Der vorliegende Gesetzentwurf sei „verfassungsrechtlich ausgesprochen

problematisch“, sagte Dr. Roda Verheyen, Vorstand von Green Legal

- Impact und Mitglied des Hamburgischen Verfassungsgerichts. „Keine Verschiebung von Reduktionslasten in die Zukunft und damit auf die nachfolgenden Generationen“ – das sei die Vorgabe des Bundesverfassungsgerichts gewesen, doch genau das passiere mit

- der geplanten Novelle. (...)

Das Klimaschutzgesetz sei „nicht ansatzweise mit der 1,5-Grad-Grenze kompatibel, sagte Sascha Müller-Kraenner, Bundesgeschäftsführer der Deutschen Umwelthilfe. Mit dem KSG gehe es offenbar darum, säumige Ministerien vor schlechter Presse zu schonen und Klimablockadepolitik in Schlüsselsektoren wie dem Verkehr in einer „mehrjährigen Gesamtrechnung“ zu verstecken.

- (...) Kerstin Andreae, Vorsitzende der Hauptgeschäftsführung und Mitglied des Präsidiums des Bundesverbands der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) sprach sich dezidiert gegen eine Aufweichung der Sektorziele aus und plädierte für eine Beibehaltung der derzeitigen Methodik, die eine gezielte Anreizwirkung zur Senkung der Treibhausgasemissionen in den Sektoren habe.

Michael Schmidt, Götz Hausding: Erste Beratung zur Novelle des Bundes-Klimaschutzgesetzes. In: Deutscher Bundestag vom 22.9.2023 (<https://t1p.de/2424-s21-bundestag-klimaanhoerung> – Zugriff vom 21.6.2024).



© Foto: Instagram / Fridays For Future Berlin



ZUSATZ

Wie arbeiten die Ausschüsse des Deutschen Bundestages?

<https://t1p.de/bundestag-ausschuesse>

AUFGABEN

- Setzen Sie sich mit der Kritik an der Reform des Klimaschutzgesetzes auseinander. Nennen Sie die Akteur*innen, die sich kritisch an der Auseinandersetzung beteiligen. Beschreiben Sie deren Positionen, Interessen und Handlungsstrategien.
- Formulieren Sie ein eigenes politisches Urteil zur geplanten Reform des Klimaschutzgesetzes. Nutzen Sie dazu die ►Methode auf S. 14.
- Vergleichen Sie Ihr Ergebnis mit Ihren vorläufigen Urteilen von S. 17. Sind Ihre Urteile gleich geblieben? Haben sie sich verändert? Was sind die Gründe dafür?

Methode

Talkshow: „Die Klimaschutzreform der Ampel – erreicht Deutschland so seine Klimaziele?“

Klimawandel und Klimaschutz fordern die Politik heraus. Wie kann Deutschland die Klimaziele 2030 noch erreichen? Was bringt die Ampel-Reform des Klimaschutzgesetzes? Zu diesen Fragen diskutieren Sie in einer Talkshow und nehmen dafür verschiedene Rollen ein.

Vorbereitung:

- Bilden Sie fünf Gruppen für die verschiedenen Rollen.
- Lesen Sie Ihre Rollenkarten (►QR-Code) und setzen Sie sich vertiefend mit Ihrer Position auseinander. Sammeln Sie Argumente und erarbeiten Sie einen begründeten Standpunkt. Nutzen Sie dafür das Material aus diesem Kapitel und insbesondere der Doppelseite 20/21. Recherchieren Sie gegebenenfalls weitere Argumente.
- Bereiten Sie gemeinsam ein Eingangs- sowie ein Abschlussstatement vor, das Ihre Position umreißt bzw. abschließend zusammenfasst. Bestimmen Sie, wer von Ihnen die Gruppe in der Talkshow vertritt.

Durchführung:

- Wer nicht auftritt, notiert als Zuschauer*in Beobachtungen und Fragen. Sie können hierfür den Beobachtungsbogen nutzen (►QR-Code).
- Die Moderation eröffnet die Talkshow und begrüßt alle Anwesenden.
- Im Anschluss gibt jede*r Teilnehmer*in der Talkshow ein kurzes Eingangsstatement ab.
- Danach beginnt die Diskussion, die von der Moderation angeleitet wird.
- Zum Abschluss erhält jede*r Teilnehmer*in noch die Gelegenheit zu einem Abschlussstatement.

Auswertung:

- Im Nachgang an die Talkshow kommen alle zusammen, um die Diskussion zu reflektieren. Die Zuschauer*innen beginnen damit, ihre Beobachtungen vorzustellen. Anschließend können auch die Teilnehmer*innen der Talkshow ihre Eindrücke und Selbsteinschätzung teilen.
- An folgenden Fragen können Sie sich bei der Auswertung orientieren:
Was wurde diskutiert? Welche Argumente sind am wichtigsten gewesen? Welche Argumente haben Sie am meisten überzeugt?
Wie ist die Darstellung der verschiedenen Positionen gelungen?



Hier geht's zu dem Material für die Talkshow.

<https://t1p.de/2424-s22-talkshow>

Sektorziele abgeschafft – Problem gelöst?

Bundestag beschließt Reform des Klimaschutzgesetzes, 26.4.2024

- Der Bundestag hat die umstrittene Reform des Klimaschutzgesetzes beschlossen. Für die Gesetzesänderung stimmten die Abgeordneten der Ampel-Fraktionen. Die Opposition votierte dagegen. Die Reform des Gesetzes kam vor allem auf Verlangen der FDP zustande. Das Gesetz muss noch den Bundesrat passieren (am 17. Mai 2024 vom Bundesrat gebilligt).
- Die Reform des Klimaschutzgesetzes sieht grundlegende Änderungen vor. Bisher gilt: Wenn einzelne Sektoren wie der Verkehrs- oder Gebäudebereich gesetzliche Vorgaben zum Kohlendioxidausstoß verfehlen, müssen die zuständigen Ministerien im nachfolgenden Jahr Sofortprogramme vorlegen.
- Im vergangenen Jahr verfehlten der Verkehrs- sowie der Gebäudebereich die Vorgaben. Verkehrsminister Volker

Wissing (FDP) hatte mit drastischen Maßnahmen bis hin zu Fahrverboten am Wochenende gedroht, sollte der Bundestag die Reform des Klimaschutzgesetzes nicht bis Sommer beschließen – dann hätte Wissing ein Sofortprogramm vorlegen müssen, damit der Verkehrssektor die Klimaziele einhält.

Mit der Reform soll die Einhaltung der Klimaziele nun nicht mehr rückwirkend nach Sektoren kontrolliert werden, sondern in die Zukunft gerichtet, mehrjährig und sektorübergreifend. Entscheidend ist, dass Klimaziele insgesamt erreicht werden. Wenn sich in zwei aufeinander folgenden Jahren abzeichnet, dass die Bundesregierung bei ihrem Klimaziel für das Jahr 2030 nicht auf Kurs ist, muss sie nachsteuern.

Bundestag beschließt Reform des Klimaschutzgesetzes. In: Tagesschau vom 26.4.2024 (<https://www.tagesschau.de/inland/bundestag-klimaschutzgesetz-102.html> – Zugriff vom 24.6.2024).

Kritik am reformierten Klimaschutzgesetz

Claudia Kemfert leitet die Abteilung Energie, Verkehr, Umwelt am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) und ist Professorin für Energieökonomie und Energiepolitik an der Leuphana Universität in Lüneburg. Ingo Zamperoni interviewte sie für die tagessthemen.

- 1 Der Bundestag hat die Reform des Klimaschutzgesetzes verabschiedet. Die Opposition sieht in der Änderung eine Aufweichung. Auch von der Wirtschaftswissenschaftlerin Kemfert kommt im Interview mit den tagessthemen Kritik.
- 5 **Ingo Zamperoni:** Der größte Punkt bei der Reform des Klimaschutzgesetzes ist die Aufhebung der einklagbaren Sektorenziele. Hat die Ampel da nicht einen Punkt, wenn sie sagt, dem Klima ist es egal, wo CO₂-Emissionen eingespart werden, Hauptsache sie werden eingespart?
- 10 **Claudia Kemfert:** Ja, grundsätzlich ist das auch so. In der Tat ist es ja egal, wo sie eingespart werden. Aber wichtig ist, dass sie eingespart werden. Und das ist die große Gefahr dahinter, dass, wenn man die Sektorenziele nicht mehr hat, es auch keine direkten Verantwortlichkeiten der Ministerien mehr gibt und man damit Gefahr läuft, dass man die Emissionsminderungsziele bis 2030 eben nicht erreicht. Weil eben jetzt so ein Automatismus da nicht mehr hinterher ist und man auch kein Sofortprogramm mehr hat, wo die Ministerien eigentlich nachsteuern müssten.
- 20 **Zamperoni:** Aber wer springt denn ein? Wer übernimmt denn die Verantwortung? Wer sagt denn, wir sind hier nicht auf Kurs, ihr müsst jetzt folgende Kontingente noch einsparen? Wer macht das – der Kanzler?
- 25 **Kemfert:** Ja, eigentlich ist es die Bundesregierung insgesamt. Der Kanzler natürlich, aber alle Ministerien auch zusammen. Aber wichtig ist doch zu sehen: Wer kann denn überhaupt überkompensieren, wenn jetzt beispielsweise das Verkehrsministerium nicht liefert? Und so sieht es ja im Moment aus. Dann müssten andere Sektoren mehr machen, insbesondere beispielsweise der Energiesektor der Industrie, die ja auch schon sehr viel tun. Man baut die erneuerbaren Energien aus, der Kohleanteil geht runter. Aber das reicht natürlich nicht, um das alles vollständig über zu kompensieren. Und dann läuft man Gefahr, wenn die einzelnen Sektoren nicht liefern, dass man am Ende da eben nicht landet, wo man hin will.
- 35

Claudia Kemfert im Interview mit Tagesschau vom 27.4.2024 (<https://t1p.de/2424-tagesschau-kemfert> – Zugriff vom 24.6.2024).



© Karikatur: Harm Bengen

Ampel nimmt Hürde im Klimaschutz – und steht vor der nächsten

- 1 Erfolg und Rückschläge liegen für die Ampelkoalition oft eng beieinander. Am Freitag hat nach dem Bundestag auch der Bundesrat als Länderkammer die umstrittene Neufassung des Klimaschutzgesetzes gebilligt. Kurz zuvor aber hatte das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg das Klimaschutzprogramm zur Erreichung genau dieser Gesetzesziele als unzulänglich verworfen und den Bund zur Nachbesserung verurteilt. Vermutlich geht die Regierung gegen den Beschluss in Revision vor dem Bundesverwaltungsgericht in Leipzig.
- 5 Nach der Billigung im Bundesrat kann zumindest das veränderte Klimaschutzgesetz wie von der Ampelkoalition beabsichtigt in Kraft treten. Die Novelle sieht grundlegende Änderungen auf dem Weg zur Erfüllung der Klimaschutzziele vor (...). Nicht nur der Wegfall der Sektorenziele, auch einige andere Dinge vereinfachen das Leben einer Bundesregierung in Sachen Klimaschutz. Da überrascht es wenig, dass etliche Umweltverbände die neuen Regeln als Rückschritt werten und schon jetzt den Gang zum Bundesverfassungsgericht nach Karlsruhe angekündigt haben.
- 10 Eine Verfassungsbeschwerde gegen die Reform des Klimaschutzgesetzes dürfte deshalb wohl unweigerlich der nächste Baustein in dem immer komplexeren System der Klimaklagen werden, mit denen die Kläger die Politik und Unternehmen zu mehr Klimaschutz verpflichten wollen, sowohl in Deutschland als auch international.
- 25

Corinna Budras, Christian Geinitz: Ampel nimmt Hürde im Klimaschutz – und steht vor der nächsten. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 17.5.2024 (<https://t1p.de/2424-s23-faz-klimaschutzgesetz> – Zugriff vom 24.6.2024).

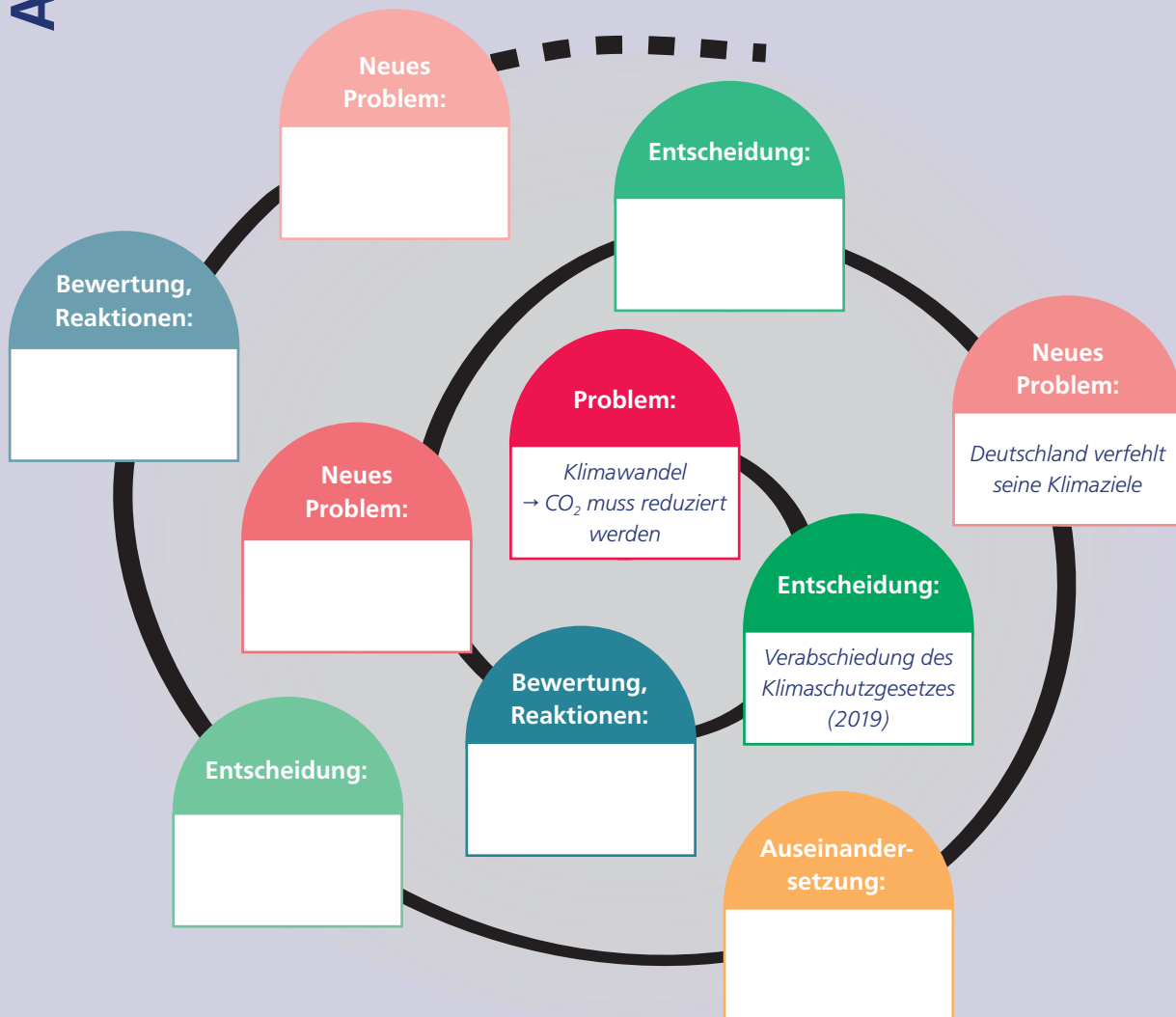
AUFGABEN

1. Überprüfen Sie, welche Positionen sich in der zweiten Änderung des Klimaschutzgesetzes durchgesetzt haben.
2. Interpretieren Sie die Aussage der Karikatur.
3. Überlegen Sie, welche neuen Probleme aus der Entscheidung und aus den Reaktionen darauf entstehen können.

Arbeitsblatt

Die Auseinandersetzung um das Klimaschutzgesetz mit dem Politikzyklus analysieren

Sie haben sich in diesem Kapitel mit der Auseinandersetzung um die Klimaziele beschäftigt. Auf dieser Doppelseite nehmen Sie abschließend noch einmal den politischen Prozess im Ganzen in den Blick, der von der Einführung des Klimaschutzgesetzes über die erste Änderung bis zur jüngsten Reform 2024 geführt hat. Mithilfe des Politikzyklus reflektieren Sie das Kapitel sowie den Verlauf und das Ergebnis der Auseinandersetzung.



AUFGABEN

1. Füllen Sie das Schaubild zum politischen Prozess um das Klimaschutzgesetz aus, indem Sie die einzelnen Phasen beschriften. Berücksichtigen Sie dafür das gesamte Kapitel (S. 16 – 23).
2. a) Betrachten Sie das ausgefüllte Schaubild und wählen Sie einen Schritt im Prozess aus, der Ihnen besonders erklärungsbedürftig erscheint. Das kann z. B. eine Entscheidung oder eine Reaktion sein, die in Ihren Augen überraschend war oder einen Einschnitt darstellt.
b) Überlegen Sie, wie es zu diesem Schritt kam und nutzen Sie dafür die Analysefragen des Politikzyklus (vgl. S. 5). Beantworten Sie zunächst die Fragen, die sich der Phase zuordnen lassen, die Sie analysieren möchten. Beziehen Sie dann auch die Fragen an die vorangegangene Phase des politischen Prozesses ein, um nachzuvollziehen, wie daraus der Schritt resultiert ist, den Sie für erklärungsbedürftig halten.
3. Analysieren Sie mithilfe der Fragen des Politikzyklus den politischen Prozess, der zur zweiten Änderung des Klimaschutzgesetzes geführt hat (vgl. S. 19 – 23). Füllen Sie dafür die Tabelle auf S. 25 aus.



Der Weg zur zweiten Änderung des Klimaschutzgesetzes

Phasen	Analysefragen	Seite	Notizen
Problem	Worin besteht das politische Problem?	S. 19	Deutschland verfehlt seine Emissionsziele (2021 insgesamt, 2022 in den Sektoren Gebäude und Verkehr).
Auseinander- setzung	Wer ist an der Auseinandersetzung beteiligt?		
	Welche Positionen und Konzepte zur Problemlösung werden vertreten?		
	Welche Interessen und Ziele verfolgen die Akteur*innen?		
	Welche Wertvorstellungen und Ideologien beeinflussen die Auseinandersetzung?		
	Mit welchen Strategien versuchen die Akteur*innen ihre Interessen und Ziele durchzusetzen?		
	Welche Machtposition haben die Akteur*innen?		
Entscheidung	Zu welchem Ergebnis hat die Auseinandersetzung geführt? Was sind die inhaltlichen Hauptbestandteile der Entscheidung?		
	Hat sich eine Position durchgesetzt oder gab es einen Kompromiss? Welche Interessen und Wertvorstellungen sind mehr, welche weniger berücksichtigt?		
Bewertung, Reaktionen	Wie wird die Entscheidung bewertet?		
	Welche neuen Probleme können sich aus den Reaktionen ergeben?		

**Mitarbeiter*innen
dieser WOCHENSCHAU**

Fachautor*in: Peter Massing war Universitätsprofessor für Sozialkunde und Didaktik der Politik am Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften der Freien Universität Berlin.

Redaktion: Miriam Koelges

Impressum

Die WOCHENSCHAU für Politik- und Ökonomieunterricht wurde 1949 von Dr. Kurt Debus (†) unter der Bezeichnung WOCHENSCHAU für politische Erziehung, Sozial- und Gemeinschaftskunde gegründet. Chefredaktion von 1954–2008 Ursula Buch (†); Gründungsherausgeber: 1949 Dr. Kurt Debus, ab 1954 Ursula Buch.

Herausgeber*innen: Prof. Dr. Sabine Achour, Dipl. Pol., Dipl. Vw. Bernward Debus, Dr. Tessa Debus, Prof. Dr. Peter Massing.

Redaktion: Anna Blum (Redaktionsleitung), Miriam Koelges, Georg Friedrich Rauschenberger, Sebastian Neumann (Redaktionsassistent), redaktion@wochenschau-verlag.de.

Verlag: Geschäftsführung: Bernward Debus, Dr. Tessa Debus, Silke Schneider, 069/7880772-0; Verleger: Bernward Debus, Dr. Tessa Debus; Leitung Marketing und Vertrieb: Raoul Pra, raoul.pra@wochenschau-verlag.de; Vertrieb und Anzeigen: info@wochenschau-verlag.de; Fax: 069/7880772-25.

Bestellungen und Fragen zum Abonnement
info@wochenschau-verlag.de, Tel.: 069/7880772-0.

Bestellungen von Einzelheften
wochenschau@brocom.de oder Tel.: 07154/132730.

Beirat der Redaktion: Prof. Dr. Anja Besand, Prof. Dr. Gotthard Breit, Prof. Dr. Hubertus Buchstein, Prof. Dr. Joachim Detjen, Prof. Dr. Tim Engartner, Yvonne Engelmänn, Prof. Dr. Karl-Rudolf Korte, Prof. Dr. Klaus-Peter Kruber, Dr. Christian Meyer-Heidemann, Prof. Dr. Ursula Münch, Prof. Dr. Kerstin Pohl, Prof. Dr. Wolfgang Sander, Prof. Dr. Günther Seeber, Prof. Dr. Birgit Weber.

Bankverbindung: Volksbank Weinheim,
IBAN DE59 6709 2300 0001 2709 07, BIC GENODE61WNM.

Redaktions- und Verlagsanschrift: Eschborner Landstr. 42-50,
60489 Frankfurt am Main; Telefon: 069/7880772-0,
Fax: 069/7880772-25, www.wochenschau-verlag.de.

Urheberrecht: Alle Rechte, auch durch Film, Funk und Fernsehen, fotomechanische Wiedergabe, Ton- und Bildträger jeder Art, auszugsweisen Nachdruck oder Einspeicherung und Rückgewinnung in Datenverarbeitungsanlagen aller Art sind vorbehalten. Kein Teil dieser Schrift darf in irgendeiner Form (Druck, Fotokopie oder einem anderen Verfahren) – außerhalb der vom Gesetzgeber festgelegten Grenzen des Urheberrechts – reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet werden. Zuwiderhandlungen werden strafrechtlich verfolgt.

Bezugsbedingungen: Gesamtausgabe (Sek. I und Sek. II),
10 Hefte + 1 Sonderheft: 186,00 € zzgl. 19,90 € Versand.
Teilausgabe (Sek. I oder Sek. II), 5 Hefte + 1 Sonderheft: 102,80 €
zzgl. 12,90 € Versand.

Bundesfreiwilligen- und Wehrdienstleistende, Auszubildende, Studierende, Referendar*innen erhalten das Abonnement während der gesamten Ausbildungszeit zum halben Preis.

Aktuelle Vertrags- und Kündigungsbedingungen entnehmen Sie bitte den AGB unter www.wochenschau-verlag.de/AGB/.

Druck: Tolek

Gesamtherstellung: Wochenschau Verlag

ISSN Print: 2190-362X, **ISSN Online:** 2749-3172

Best.-Nr. 2424

© Wochenschau Verlag Dr. Kurt Debus GmbH.
Einer Teilaufgabe liegt eine Verleger*innenbeilage bei.

Weitere WOCHENSCHAU-Hefte**Zur Ergänzung dieser WOCHENSCHAU****Sekundarstufe I**

- Demokratie und politische Beteiligung Best.-Nr. 1223
- Was ist Politik? Best.-Nr. 1122

Sekundarstufe II

- Das politische System der BRD Best.-Nr. 2322
- Das Parteiensystem Best.-Nr. 2120

Jahrgang 2024**Sekundarstufe I**

- Die Zukunft der Europäischen Union
- Medien
- Sozialpolitik
- Arbeitswelt
- Recht in Gesellschaft und Staat
- Sonderausgabe: Bildung für nachhaltige Entwicklung

Sekundarstufe II

- Soziale (Un-)Gleichheit
- Sozialökologische Transformation
- Rechtspopulismus
- Das Politische System der BRD – Prozesse
- Globalisierung – Internationale Wirtschaftsbeziehungen
- Sonderausgabe: Bildung für nachhaltige Entwicklung

Preise**Einzelhefte und Klassensatz**

Einzelheft print:	19,90 €
Einzelheft digital:	18,99 €
Heft im Klassensatz ab 8 Heften:	8,90 €
digitaler Klassensatz ab 8 Lizenzen:	6,99 €

Sonderausgabe

Einzelheft print:	28,90 €
Einzelheft digital:	27,99 €
ab 8 Exemplaren:	17,00 €

gilt nur bei Direktbestellung, falls zur Hand, bitte Kundennummer angeben.

WOCHENSCHAU Jahresabonnement

(inkl. Sonderausgabe)	
Gesamtausgabe (Sek. I + II):	186,00 €
Teilausgabe Sek. I oder Sek. II:	102,80 €
zzgl. Versandkosten:	
Gesamtausgabe 19,90 €, Teilausgabe 12,90 €.	

Gültig bis 31.12.2024